

EINWOHNERRAT

Protokoll

Der 4. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 14. November 2012
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18:00 –21:10 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Rolf Adam, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Nora Frei, Volontärin

Gäste:

Entschuldigt: Armin Bieri, Natali Delibasic, Niklaus Morat

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 37 Anwesende = 25

Bereinigte Traktandenliste

1. Verfahrensmotion von Josua M. Studer, SD, und Hans-Peter Tschui, SVP, vom 25.10.2011, betreffend **Anlegung einer Vorfinanzierung für ökologische Projekte, anstelle eines Bezuges von „Co2- und atomfreiem“ Strom bei der EBM (ER-Geschäft 3942A)**
Antrag des Büros: Rückkommensantrag
Geschäftsvertretung: ER-Präsident Rolf Adam Geschäft 4028
 2. Bericht des Gemeinderates vom 26.09.2012, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, vom 29.10.2012, betreffend **Quartierplanung „Langmatten II“, bestehend aus Quartierplan und Quartierplan-Reglement**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4062 / A
-

3. Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2012, sowie Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, vom 30.10.2012, betreffend **Teilrevision Wasserreglement und Abwasserreglement**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4097 / A

4. Bericht des Gemeinderates vom 24.10.2012, betreffend **Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2009 – 2014, Stand Juni 2012**
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3821 / A

5. Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend **Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4095

6. Postulat von Susan Vogt, FDP-Fraktion, vom 05.09.2012, betreffend **Freie Internetzonen (Public Wireless Internetzugang) in Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4090

7. Postulat von Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion, vom 12.09.2012, betreffend **Zentrale, neutrale Anlaufstelle für das Projekt „Unser neues Schulhaus“**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4098

8. Postulat von Susan Vogt, FDP, vom 05.09.2012, betreffend **Wahlhilfe für stimmberechtigte Jugendliche und junge Erwachsene**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4091

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 4 vom 14. November 2012

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Rolf Adam

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Rolf Adam, Präsident: Ich begrüsse Sie zur Plenarsitzung vom 14. November 2012.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang!]

Rolf Adam, Präsident: Ich komme zu den Mitteilungen. Ich habe eine erfreuliche Nachricht. Rahel Balsiger hat letzte Woche geheiratet. Ich wünsche dir alles Gute für die Zukunft. Es sind bereits fünf Budgetpostulate eingegangen. Mir liegt ein Postulat der SP-Fraktion vor in Sachen Konzept für die Verkehrssicherheit und Förderung des Fussverkehrs von Bruno Gadola. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig versendet wurde. Gibt es Änderungsanträge?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Es geht um das Traktandum 8, die Verfahrensmotion über die Anlegung einer Vorfinanzierung. Ich habe es mit dem Büro angeschaut, es ist mit der Verfahrensmotion nicht ganz rechtens. Man müsste es ändern in eine Motion. Im Grundsatz ist es bereits erledigt, deshalb schlage ich vor, dass wir dies auf Platz 1 traktandieren. Da die Motionäre nicht mehr im Einwohnerrat sind, würde ich dies als Fraktionspräsident der zuständigen Fraktion zurückziehen.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen darüber ab.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Traktandum 8, respektive neu 1.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Verfahrensmotion von Josua M. Studer, SD, und Hans-Peter Tschui, SVP, vom 25.10.2011, betreffend Anlegung einer Vorfinanzierung für ökologische Projekte, anstelle eines Bezuges von „Co2- und atomfreiem“ Strom bei der EBM (ER-Geschäft 3942A)
Antrag des Büros: Rückkommensantrag
Geschäftsvertretung: ER-Präsident Rolf Adam, Geschäft 4028

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion zieht diese Verfahrensmotion zurück.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 26.09.2012, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, vom 29.10.2012, betreffend Quartierplanung „Langmatten II“, bestehend aus Quartierplan und Quartierplan-Reglement
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4062 / A

Rolf Adam, Präsident: Ich möchte darauf hinweisen, dass dieses Geschäft in einer Lesung abgehandelt werden muss.

Christoph Morat, Gemeinderat: Bereits im April 2010 kam die erste Welle auf, als bekannt wurde, dass dieses Gelände, der Sportplatz damals der Ciba, später BASF, verkauft werden soll. Josua Studer, ehemaliger Einwohnerratskollege von Ihnen, hat eine Interpellation eingegeben, welche wir am 17. November beantwortet haben. Bereits dort kamen gewisse Bedenken auf gegen diesen Quartierplan und gegen die mögliche Änderung der Nutzung des Areals, wo Sport getrieben wurde. Bereits damals hat der Gemeinderat gesagt, dass er es sich weiterhin vorstellen könnte. Er könnte es sich auch vorstellen, wenn der Quartierplan kommt, dass man dann diesen Quartierplan unterstützen könnte. Man sollte Hand bieten, wenn ein vernünftiges Projekt kommt. Was jetzt vom Investor gekommen ist, das ist ein vernünftiges Projekt. Es ist ein sehr gutes Projekt und deshalb kann sich der Gemeinderat mit der ganzen Vehemenz dahinterklemmen und empfiehlt, dass der Einwohnerrat dem zustimmt, sodass wir es dem Regierungsrat des Kantons Baselland weiterempfehlen können. Der Gemeinderat setzt, wenn er diesen Quartierplan unterstützt, nichts anderes als den Entwicklungs- und Massnahmenplan um. Ich verweise auf Punkt 11 und Punkt 12 der Strategiestudie aus dem Jahr 2009, attraktives Wohnen, Leben und Arbeiten zwischen City und Naherholungsgebiet. Es werden 260 Wohnungen geplant, davon 36 Alterswohnungen im sogenannten Ergänzungsleistungsbereich. Das ist eine wichtige Forderung, welche auch im Alterskonzept steht. Zusammen mit den Investoren konnte dies so entwickelt werden, sodass es bereit ist für die Beschlussfassung. Aus der Sicht des Kantons Baselland sind wir am Bachgraben in einem Gebiet, wo wir einen sehr hohen Verdichtungsfaktor einsetzen könnten. Es gab eine Verdichtungsstudie Baselland aus dem Jahr 2011. Da redet der Kanton von 150% bis 160% Nutzung, also eine Nutzungsziffer von 1,5 bis 1,6. Das ist nicht ganz einfach umzusetzen, das ist ein sehr hoher Verdichtungswert. Ich komme noch darauf, weshalb wir dies nicht anstreben und weshalb der Investor dies nicht angestrebt hat. Wichtig für den Gemeinderat ist, weshalb wir dies unterstützen und Ihnen sehr ans Herz legen, dass wir einen minimalen Bodenverbrauch haben. Man braucht nur 18% bei einer Nutzung von 1,18. Das heisst, 82% des gesamten Bodens, der dort ist, wird nicht überbaut. Es gibt eine sehr hohe Qualität an Freifläche. Dies erreicht man nur, wenn man in die Vertikale geht. Die Vertikale ist der einzige Weg, um eine vernünftige Verdichtung überhaupt im Siedlungsgebiet der ganzen Schweiz, aber auch speziell bei unserem Fall in Allschwil heranzukriegen. Wir haben sehr attraktive Aussenräume. Das wird Bewohner schnell anziehen. Wir werden dort die 260 Wohnungen und insbesondere die 36 Alterswohnungen vermutlich schnell beziehen können. Dies ist sehr wichtig, weil im Alterskonzept uns diese Wohnungen fehlen. Dies nicht zuletzt darum, weil wir in der Alterssiedlung grössere Erneuerungsetappen vor uns haben. Im weiteren ist eine Tagesheim- oder Kindergartennutzung möglich. Es ging sogar schon weiter, der Kontakt mit Peter Kury von der Spitex und von den Tagesheimen ist schon weit gediehen. Es ist möglich, dort ein Tagesheim zu betreiben oder einen Kindergarten, wenn es notwendig ist. Wir haben auch eine Trennung von sogenannt zonenfremdem Nutzen. Das Gebiet ist heute nur der Zone Freizeit und Sport zugewiesen, weil es immer so war. Es war immer ein Stück Fremdkörper. Als wir 2008 den Zonenplan Siedlung mit dem Zonenreglement Siedlung hier drin verabschiedet haben, sind wir nicht davon ausgegangen, dass sich dies alles so schnell bewegen wird. Man wird manchmal von der Realität eingeholt. Die Überbauung wird in der Nähe eines Arbeitsplatzgebietes sein von kantonaler Bedeutung. Es wird nahe am Bachgraben entstehen. Das sind relativ kurze Wege in ein Arbeitsplatzgebiet, wo immer mehr Arbeitsplätze am Entstehen sind.

Ein weiterer positiver Punkt ist die effiziente Energienutzung. Der Investor hat bekräftigt, dass er 80% der benötigten Energie CO₂-neutral erstellt. Dort sind die Sportplätze und es wird ein Realersatz geschaffen für Sport. Und es wird Synergien geben mit dem Vorhaben der Gemeinde, welche im Sinn hat beim linksufrigen Bachgrabengebiet einen Sportplatz zu bauen, als Ersatz für den Gartenhof, wo unser neues Schulhaus geplant wird. Der Realersatz passiert nicht zusammen mit der Gemeinde, sondern alles nebeneinander. Nicht zuletzt möchte ich darauf hinweisen, dass ein namhafter Infrastrukturbeitrag geleistet wird, sodass wir gewisse Investitionen im Zusammenhang mit Sport im linksufrigen Bachgrabengebiet tätigen können. Dies alles sind die wichtigsten Eckpunkte und ich bin nun gespannt auf Ihre Fragen. Ich bitte Sie, diesem Quartierplan zuzustimmen.

Rolf Adam, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Detailberatung.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte Ihnen die Sicht der VPK in aller Kürze darlegen. Wir haben dieses Geschäft in einer längeren Sitzung besprochen und dabei gewisse Punkte, welche Sie dem Bericht entnehmen können, genauer angeschaut. Wir reden von einer Fläche von 24'935 Quadratmeter. 6 Wohnhäuser mit insgesamt 260 Wohnungen sollen entstehen. Wie bereits Gemeinderat Christoph Morat ausgeführt hat, braucht es dazu eine Zonenplanänderung, weil es neu

in eine Wohnzone kommen sollte. Die Wohnbauten wurden angepasst auf die Umgebung, also auf die Nachbarsgebäude aufgrund ihrer Kubatur. Sie wurden alle von den offiziellen Baulinien mehrere Meter zurückversetzt. Im Gegensatz zu heute beim Baselmattweg sind es 13 Meter, welche sie zurückversetzt werden. Dies ergibt eine optische Öffnung der Strasse. Es ist beachtlich, dass es zwischen den Gebäuden eine Freifläche gibt, oder anders ausgedrückt, 81% der Fläche bleibt unüberbaut. Das ist die doppelte Fläche des Innenhofes der benachbarten Jucharten-Überbauung. Wir haben ein besonderes Augenmerk auf den Verkehr gelegt. Dabei hat die Kommission festgestellt, dass das Verkehrsgutachten von einer Maximalzahl ausgeht. Sie geht von 324 Parkplätzen in den Einstellhallen aus, welche alle belegt sind und die Fahrzeuge werden täglich bewegt. Wir von der VPK sind der Meinung, dass dies ein absolutes Maximum ist, welches höchstwahrscheinlich nicht erreicht wird. Das kantonale Gesetz passt sich nicht der Umgebung an. In Allschwil sind wir sehr gut mit dem öffentlichen Verkehr vernetzt, sodass viele von uns kein Auto für den Arbeitsweg benötigen, sondern das Tram nehmen. Es ist auch zu erwähnen, dass nebst den Parkplätzen 750 Veloplätze entstehen. Ein besonderes Augenmerk wird man bei der Verkehrsproblematik auf die Kreuzung Baselmattweg/Marsweg und Muesmattweg benötigen. Dort könnte es je nach dem später problematisch werden. Dazu gab es im Verkehrsgutachten zwei Empfehlungen. Die VPK begrüsst die Überlegung der Einführung einer Tempo-30-Zone. Die Aufhebung der bestehenden Einbahnstrasse würden wir hingegen ablehnen.

Rolf Adam, Präsident: Ich frage den Rat erneut an, ob das Eintreten bestritten ist? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Detailberatung.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich möchte ganz allgemein etwas zu diesem Vorhaben von Allschwil sagen, bevor wir in die Details gehen. Unsere Fraktion konnte sich umfassend in Kenntnis setzen zu diesem Vorhaben durch Herrn Stutz, Herrn Stark, Herrn Fankhauser und Herrn Kury. Ganz toll war, dass bei uns auch Fraktionsmitglieder der FDP und BDP hineingeschaut haben. Der Ausdruck von allen nach diesem Abend war, dass es eine gelungene, geglückte Werbeveranstaltung war. Von unserer Seite her können wir sagen, dass dies ein gutes Konzept, eine gute Idee, eine gute Vision und wir hoffen eine gute Umsetzung ist. Es sind viele Zauberwörter gefallen. Es gibt wichtige Räume für alle Generationen, jung und alt. Die Spitex ist vor Ort, aber auch das Tagesheim. Die Grünflächen sind erfreulich gross und die Verteilung der Baukuben konnten wir vergleichen mit diversen Modellen in Allschwil. Das gab uns einen Blick auf ein neues Quartier von Allschwil. Thema waren die Parkplätze. Eine grosse Zahl braucht eine grosse Fläche. Wir sind der Meinung, dass man bei diesem Volumen spannendere Sachen machen könnte als nur Parkplätze. Aber BL tickt anders als BS. Die Vorschriften von BS wären treffender für unsere Region als diese von BL, soviel zur Idee des Zusammenarbeitens.

Das Gebäude haben wir auch angeschaut. Da macht man Häuser höher als den Bachgraben. Wir wollen in unserer Gemeinde eine weltstarke Wirtschaft. Wir haben stadtgerechten ÖV. Wir bauen ein Schulhaus in städtischer Grösse. Dieser neue Teil ist ganz klar ein wahrnehmbarer und spürbarer Teil eines städtischen Gebiets. Gehen wir aus diesem neuen Quartier raus, dann stehen wir auf den Allschwiler Strassen. Der Quartierplan ist keine Insel. Brücken und Anlegestellen bestehen, unser Allschwil. Eine Infrastruktur und ein Raum, der von uns allen gepflegt und belebt wird. Ich denke an Kultur, Verkehr, Vereine und Begegnungszonen. Alle Menschen im Quartier bewegen sich, sei es im Auto, im ÖV oder zu Fuss. Das kommt dann auf uns zu. Wohnen im Alter ist mit dieser Überbauung nicht obsolet in Zukunft, das bleibt aktuell. Tagesbetreuung bleibt ein Thema, trotz dem Tagi dort, daran müssen wir arbeiten. Verkehrsdichte und Verkehrstempo bleiben ein Thema für Allschwil. In dieser Siedlung, die hierhin kommt, hat es möglicherweise Leute, die sich ein paar Räume leisten können in einem höheren Zinsbereich. Und sie haben daneben immer noch einen höheren Betrag zur Verfügung für den Alltag. Vielleicht haben diese auch ein höheres Interesse an Kultur und Ausgleich. Kurz zusammengefasst, die Projektvorstellung, die Werbeveranstaltung hat ihren Zweck erfüllt. Unsere Fragen wurden geklärt. Wir sagen ja zu diesem Quartierplan. Damit verbunden ist eine Bitte an den Gemeinderat, an die VPK und an uns alle. Veränderungen sind nicht nur mit einem Quartierplan isoliert anzuschauen. Auch kleinere Verdichtungen, wo man aus einem Haus eine kleine Siedlung baut, werden unser Wachstum fördern und machen uns grösser. Neben jedem Quartierplan gehen Leute hinaus und begegnen sich und uns allen. Wir müssen diese Quartierpläne über das gesamte Allschwil vernetzen. Allschwil hat viel vor. Lassen wir uns Zeit.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: In der GLP/BDP-Fraktion haben wir dieses Geschäft mit Interesse studiert. Wir wurden uns nicht ganz einig. Wir sehen bei dem Geschäft positive Aspekte. Gemeinderat

Morat hat darauf hingewiesen, nämlich dass haushälterisch mit dem Boden umgegangen wird. Ein grosser Teil, über 80% der Fläche, wird als Grünfläche frei bleiben. Positiv ist auch, dass der Energiebedarf der Überbauung zu 80% aus erneuerbaren Energien gedeckt werden soll. Auch die Photovoltaikanlage, welche der Gemeinderat dem Bauherrn vorschreibt, erachten wir als zukunftsgerichtet. Positiv sind auch die Alterswohnungen und das zusätzliche Tagesheim, welches entstehen soll. Der zweckgebundene Infrastrukturbeitrag, der verschiedenen Allschwiler Sportvereinen zugutekommt, ist ebenfalls positiv zu werten. Zu diskutieren gab insbesondere die Höhe der beiden Hochhäuser. Sie sind bei der Maximalhöhe, die überhaupt erlaubt ist aufgrund des Flughafens. Es wird einen Mehrverkehr geben auf den Quartierstrassen und dies insbesondere vor dem Schulhaus Neuallschwil. Es besteht die Befürchtung, dass die Anonymität der Hochhäuser zu einer Ghettobildung führen könnte in diesem Quartier. Aus diesem Grund unterstützt die GLP/BDP-Fraktion diesen Quartierplan mit zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Die FDP Allschwil unterstützt diesen Quartierplan. Wir finden es ein tolles Projekt, es ist eine optimale Nutzung mit einer minimal überbauten Fläche. Wir sind der Meinung, dass dieses Projekt, welches hier vorgelegt wird, ausgereift ist, sodass man es auch umsetzen kann. Ich möchte an dieser Stelle dem Investor und der Gemeindeverwaltung und dem zuständigen Gemeinderat ein Kränzlein widmen, das man dies so geschaffen hat. Es gab unglaublich viele Auflagen, die die Gemeinde gemacht hat und die der Investor umgesetzt hat. Es ist ein wegweisendes Projekt für die Bebaubarkeit der restlichen Flächen in Allschwil.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion unterstützt den Vorschlag. Wir unterstützen besonders, das kam in der Fraktionssitzung zur Geltung, das betreute Wohnen, vor allem die 30 2,5-Zimmerwohnungen. Die 80% erneuerbaren Energien unterstützen wir auch. Das ist eine Umwelttechnik am richtigen Ort und sinnvoll an einem Neubau, wo es eingeplant werden kann, vor allem mit den Sonnenkollektoren und der Abwasserwärmerückgewinnung. Die Höhe des Baus kam auch bei uns zur Sprache. Um eine sinnvolle Überbauung zu realisieren mit dieser Anzahl von Menschen, die dort wohnen sollen, wird in Zukunft der Gemeinde keine andere Möglichkeit bleiben, als in die Höhe zu bauen, ausser wir möchten jeden Zentimeter Land hergeben.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Wir haben in unserer Fraktion dieses Projekt kontrovers diskutiert und haben nicht eine Meinung aus einem Guss. Die Leute, die die Unterlagen studiert haben, haben gemerkt, dass ich bereits beim Mitwirkungsbericht fand, dass diese Häuser zu hoch geplant sind. Dort ist noch ein Fehler aufgetaucht, welcher aufgrund meines Lesens des PDF-Planes zustande kam. Es wurde dort ein imaginärer Horizont von 11 Metern Unterboden gesetzt. Das ist dort, wo die Kiste anfängt, bis zuoberst, 316 Meter über Meer, das gibt 51, also muss man die 11 abziehen, dann sind es 40. Die Höhe von 12 Stockwerken bleibt gleich, und darum ging es. Ich wohne selber in so einem Wohnhaus. Einer von diesen Blöcken hat die doppelte Grösse von dem, in welchem ich drin wohne. Dann noch ein zweiter daneben und einer gleich breit und acht Stockwerke hoch. Ich bin kein Freund von Hochhäusern. Ich weiss nicht, wie viele von euch in Hochhäusern wohnen. Ich finde es nicht so sensationell. Es gibt Leute, die finden das toll, das lasse ich gelten.

Das Projekt selber, wie es die Gemeindeverwaltung ausgehandelt hat mit den Bauherren, ist keine schlechte Variante. Sie haben viele gute Sachen einfließen lassen. Die Sachen am Projekt, die gut sind, sind die Vorgaben, die die Gemeinde gemacht hat, und dazu die Phantasie des Architekten und Bauherrn. Im vorderen Teil sehe ich die Anpassung an die Umgebung. Man nimmt mit Gebäudehöhe und Rücksprünge Rücksicht auf die Umgebung. Hinten beim Bachgraben erinnert es mich an die Wegmatten. Dort sind 500 Meter ohne Unterbrüche 7 Stockwerke, jetzt sind es 12 Stockwerke. Wir sind dann etwa auf der gleichen Länge, einfach mit 20 Metern Pause zwischendrin. Ich habe dort Angst um den Bachgraben. Ich habe das Gefühl, dass der Bachgraben dahinter versinkt. Dies ist meine persönliche Meinung, Sie können diese teilen oder nicht.

Finanziell ist es klar, dass der Gemeinderat das Interesse hat, dass diese Überbauung kommt. Ein paar Millionen fliessen in die Finanzierung der UBS-Sportplätze. Auf die Länge hinaus kostet uns das 80 bis 100 Jahre Hochhäuser an dieser Stelle, diese verschwinden nicht so schnell wie das Geld. Auch dies ein Entscheid, wo wir uns der Tragweite bewusst sein müssen. Auch ohne dieses Projekt stellt sich die Frage, welches Allschwil wir in Zukunft wollen. Leisten wir der Verstärkung von Allschwil Vorschub und entscheiden wir uns dafür, dass das Dorf immer mehr Vergangenheit wird? Wir werden keine neue Stadt neben Basel, sondern eine Vorstadt, an das müssen wir uns gewöhnen. Zentrum bleibt Basel. Ich habe den Eindruck, dass im Einwohnerrat die meisten dafür sind, ich weiss

nicht, ob es das Volk gleich sieht. Ich hätte gerne eine Volksabstimmung. Ich nehme an, dass die meisten vor diesem Aufwand zurückschrecken, sage es hier aber trotzdem.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben uns ebenfalls mit dem Quartierplan Langmatten II auseinandergesetzt. Wir kamen zum Schluss, dass dieser sehr ausgewogen ist und stimmen dem Quartierplan vollumfänglich zu. Ich möchte mich dem Dank an den Gemeinderat, den Herr Naef ausgesprochen hat, vollumfänglich anschliessen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Mit dem Quartierplan Langmatten debattieren wir im Einwohnerrat über ein einzigartiges Projekt. Dabei wurden alle Zauberworte bereits gesagt, sprich die wertvollen Eigenschaften von diesem Bauprojekt. Das Ganze darf nicht nur bewundert werden. Der Gemeinderat muss nun dringend ein ganzheitliches Gemeindeentwicklungskonzept ausarbeiten, wie das im SP-Vorstoss aus dem Jahr 2011 verlangt wird. Eine Überbauung von dieser Grössenordnung bringt in kurzer Zeit sehr viele Menschen nach Allschwil. Der Verkehr kommt dazu und weitere Bedürfnisse. Entwicklung ist sehr wichtig, aber Wachstum muss kontinuierlich möglich sein und immer im Konsens mit den Bedürfnissen. Dazu zählt der Verkehr, generationengerechte Wohnformen, wir reden von vier Generationen, und Freizeit, Kultur, Sport und Freiflächen. Ruckartige Entwicklungen führen oft zu Unregelmässigkeiten, die nachher schwer zulasten der Allgemeinheit fallen. Die Realität holt uns ein, dies gilt es konsequent zu vermeiden.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Nach all diesen Ausführungen gibt es drei Sachen, die mir Sorgen machen. Das erste ist das ganze Verkehrsaufkommen. Wir haben es im Gutachten gelesen, dass es bedenklich mehr Belastung gibt. Ich bin auch ein bisschen enttäuscht über das Verkehrsgutachten, denn es ist vor allem ein Auto-Gutachten und sagt wenig über den Langsam-Verkehr, also die Fussgänger und das Velo. Dazu kann ich nicht viel lesen dort drin und ich weiss nicht, welche Konsequenzen es für diese hat. Es kommen rund 750 Velos dazu, und das ist eine beträchtliche Zahl, dazu hätte ich gerne etwas gehört. Der Autobahnzubringer geht von der Merkurstrasse zum Wasgenring, das wäre auch noch eine Beachtung wert gewesen. Eigenartig ist, dass die Zählungen nur an einem Tag stattgefunden haben. Mehr Zählungen hätten sicher relevantere Aussagen machen können. Dies zur Verkehrsangelegenheit, wo wir nicht genau wissen, welche Konsequenzen diese ganze Überbauung auf die Gemeinde Allschwil hat, auf die Infrastruktur, die Dienstleistungen und all das. Das wissen wir nicht und wir stimmen einer Sache zu, wo wir die Auswirkungen nicht genau kennen. Das macht mir Sorgen. Das neue Schulhaus würde den Bedürfnissen genügen, welche an uns herantreten mit den 260 Wohnungen. Aber wir haben dem neuen Schulhaus noch nicht zugestimmt und es noch nicht realisiert. Was machen wir mit all diesen Kindern, wenn dem Schulhaus nicht zugestimmt wird? Diese Frage steht im Raum.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Es tönt jetzt alles wunderschön und der Quartierplan ist über das Ganze gesehen eine gute Sache. Es brauchte dafür sicher lange Verhandlungen, das ist klar. Der Gemeinderat und der Gemeindepräsident betonen immer wieder, dass die Gemeinde nicht selber baut, wenn es heisst, dass Allschwil nur baut. Aber wir stellen die Möglichkeit zur Verfügung, dass gebaut werden kann. Wir müssen uns bewusst sein, wenn wir dem zustimmen, dass dies realisiert wird. Es ist nicht nur der Investor, sondern wir geben dem Investor die Möglichkeit dazu. Das soll auch so sein, aber wir dürfen nicht sagen, dass wir nicht dafür verantwortlich sind. Es fliessen Millionen in Infrastrukturbeiträge, wurde gesagt. Ich frage mich, wohin diese fliessen? Als wir das UBS-Areal gekauft haben für CHF 4'000'000, sind wir davon ausgegangen, dass man die CHF 4'000'000 vom Quartierplan Langmatten II hat. Jetzt haben wir noch CHF 3'000'000, die direkt an die Gemeinde gehen. Der restliche Beitrag an Infrastrukturbeiträgen, eine beachtliche Summe von knapp CHF 1'500'000, geht direkt an die Sportvereine. Ich bin nicht grundsätzlich gegen die Unterstützung der Sportvereine. Es muss erwähnt werden und ich frage mich, weshalb diese Sportvereine so grosszügig unterstützt werden. Ich finde auch den Baurechtszins speziell, es ist ganz klar ein symbolischer Baurechtszins. Ich frage den Gemeinderat, weshalb die Sportvereine keinen marktüblichen Baurechtszins bezahlen können.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich versuche die gestellten Fragen zu beantworten. Zuerst zu den Herren Naef und Wolf. Ich nehme den Dank gerne auf und gebe ihn weiter an die Mitarbeiter vom Hochbau und Tiefbau, Andres Linder, Andi Gisske und Juergen Johner, er ist noch nicht so lange

dabei. Sie sitzen im Zuschauerraum und sie haben vor allem daran gearbeitet. Wir vom Gemeinderat haben es geleitet und die strategischen Eckpunkte vorgegeben. Es wurde auch aus unserer Sicht sehr gut umgesetzt. Ich gebe den Dank gerne weiter.

Herr Ulusoy hat Anonymität im Quartier angesprochen. Zur Anonymität im Quartier kann ich sagen, dass die Investoren dies an einzelnen Veranstaltungen auch an der VPK betonten, dass sie an einer anderen Stelle in Basel ein einziges Haus mit so vielen Wohnungen gemacht haben. Die grosse Fläche von 80% von den 24'000 Quadratmetern bleibt frei und ist Begegnungszone. Das wird nicht einfach nur steril sein, Sie haben das vielleicht gesehen auf Fotos in den Unterlagen der Investoren und vom Architekt. Das bietet viel Platz für Begegnung. Die Grundlagen werden hier auf eine beispielhafte Art und Weise geschaffen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es sehr anonym wird in diesem Quartier. Ich könnte mir vorstellen, dass es ziemlich belebt wird mit Tagesheim, mit Senioren und Seniorinnen, die dort die Freiflächen benutzen und auf Bänken Platz nehmen. Das stelle ich mir nicht so schlimm vor.

Wir haben das Gesamtentwicklungskonzept der SP, welches letztes Jahr eingereicht wurde. Wir haben gesagt, dass wir zuerst ein Spielplatz- und ein Grünflächenkonzept machen. Dies wiederum geht auf in einem Gesamtentwicklungskonzept über die ganze Gemeinde. Der Gemeinderat ist sich sehr wohl bewusst, dass die ruckartigen Veränderungen nicht so erwünscht sind. Wir haben ein Beispiel bei der Ziegelei. Dort wurde viel schneller gebaut, als wir es uns vorgestellt haben. Damals im Einwohnerrat hat man von 25 Jahren Realisierungsphase geredet. Ich war 2002 im Einwohnerrat, als dieser Plan behandelt wurde. Es wurde in knapp zehn Jahren umgesetzt. Allschwil kann das stemmen. Weshalb komme ich zu dieser Aussage? Wir haben uns mit Plattner Schulz und Partner im 2003, als es uns finanziell und von den Einwohnerzahlen her noch nicht so gut ging wie heute, Gedanken dazu gemacht, weshalb wir eine Abwanderung haben. Wir haben uns Gedanken dazu gemacht, wie wir die Leute nach Allschwil bekommen. Wir haben eine Studie erstellen lassen. Der Universitätsprofessor Plattner hat mit seinen Studenten eine Studie erstellt. Die haben gesagt, dass mehr gebaut werden muss, damit man überhaupt den Bestand halten kann. Dieses Credo hat sich bis heute bewahrheitet. Man braucht ungefähr 80 Wohnungen pro Jahr, um den Bestand in Allschwil halten zu können. Die 260 Wohnungen werden nicht in einem Jahr fertiggestellt, sondern dies hat eine mehrjährige Bauzeit. Es wird ein Teil davon sein, damit wir den Bestand halten können. Wir gehen in der Schülerprognose, die am 20. September 2010 erstellt wurde von der Firma Wüest & Partner, von 19'209 Einwohnern vom Jahr 2009 aus. Man hat dann mit den möglichen Bauvorhaben, Zuwanderungen und Abwanderungen gerechnet, und kam dann auf drei Szenarien. Im unteren Szenario gäbe es einen Einwohnerrückgang bis ins Jahr 2035. Das Problem bei diesen Prognosen ist, dass wir gar nicht so weit genau bis ins letzte Detail alles planen können. Aber bereits heute 2012 zeigt sich, dass diese Studie nicht so daneben liegt. Wir gehen von einem mittleren Szenario aus, welches unsere Infrastrukturen durchaus verkraften können. Diese Einschätzung haben wir im Gemeinderat gemacht und die haben wir auch im Einwohnerrat gemacht, als es darum ging, den Entscheid zu fällen, ob wir ein neues Schulhaus möchten. Wir haben ein oberes Szenario, welches von 24'000 Einwohnern ausgeht bis im Jahre 2035. Zwischen dem oberen und dem mittleren Szenario ist eine zeitliche Verschiebung möglich. Wir rechnen eigentlich mit einem mittleren Szenario und dafür können wir die Infrastruktur leisten. Es spielt zum heutigen Zeitpunkt keine so grosse Rolle, ob wir das Schulhaus Gartenhof bauen, vor allem nicht für dieses Quartier. In diesem Quartier haben wir das Schulhaus Neuallschwil, welches die Schülerinnen und Schüler von diesem Quartier sowie auch vom ganzen Gebiet in Fahrtrichtung Dorf rechts der Baslerstrasse aufnehmen sollte, und dies kann es auch.

Ich komme zum Verkehr. Wir müssen dort die Parkplätze bauen lassen. Mit diesen Sollzahlen, welche der Kanton vorschreibt, ist niemand glücklich. Aber es gibt keine Baubewilligung, wenn man die 1,3 Parkplätze pro Wohneinheit nicht nachweisen kann. Es wurde gefragt, wie es mit dem Veloverkehr sei. Der Veloverkehr ist in das Verkehrsgutachten mit 0,5 PW-Einheiten eingeflossen. Die 750 Velos sind in der Verkehrsstudie berücksichtigt. Der Verkehrsgutachter ist Glaser Saxer Keller. Auf Seite 10 des Verkehrsgutachtens kann man sehen, dass es eine minime Veränderung gibt an der Marsstrasse/Baslerstrasse. Dieser Knoten ist nach den heutigen gängigen Normen in einer A, was sehr gut bedeutet, und rutscht ins B, was immer noch gut bedeutet. Was heisst A und B? A heisst sehr gut und entspricht einer Wartezeit von kleiner als 10 Sekunden, um in die Kreuzung einzufädeln. B ist immer noch gut und entspricht kleiner als 20 Sekunden. Das sind selbstverständlich Modellberechnungen, wir können Ihnen nicht beweisen, dass es so sein wird, aber es hat doch eine Aussagekraft. An diesem Knotenpunkt Marsstrasse/Baslerstrasse rutscht die Wartezeit um rund 8 und 12 Sekunden herunter. Es wird sicher mehr Autos geben, die dort durchfahren. Es ist kein Problem für diesen Knotenpunkt. Das sagt das Verkehrsgutachten aus. Ein kleines Wort zu den Parkplätzen in der Tiefgarage. Wir wissen aus verschiedenen Erhebungen und Kontakten mit Investoren, dass die wenigsten Einstellhallen ausgenützt werden, vor allem in Neuallschwil. Dort baut man auch wieder Keller, die es nicht braucht. Diese Diskussion hatten wir glaub schon einmal. Dort baut man Raum,

den es nicht braucht, der aber vorgeschrieben wird. Wir haben einen sehr grossen Vorteil mit diesem Quartierplan, nämlich dass wir nahe an zwei Tramhaltestellen sind. Das sind die Tramhaltestellen Kirche und Merkurstrasse. Viele Leute werden, wenn es nicht nötig ist, auf das Auto verzichten und den öffentlichen Verkehr benutzen. Sie können von jedem Veloplatz trocken in die Wohnung gelangen. Da überlegt sich der eine oder andere vielleicht, ob er bei schönem Wetter mit dem Velo zur Arbeit geht. Das Potential ist da für die 324 Autos, das schleckt keine Geiss weg. Ich komme zu den Fragen der Finanzierung. Jürg Vogt hat die Frage nach der Finanzierung gestellt. Dazu haben wir eine Folie vorbereitet, wo wir Ihnen dies zeigen können. Die gleiche Folie haben wir der Konsultativkommission am Montag vor einer Woche vorgelegt. Hier sehen Sie, wie die Finanzierung läuft. Der Totalaufwand vom Sportplatz im linksufrigen Bachgrabengebiet liegt bei ungefähr CHF 8'500'000. Das teilt sich auf in verschiedene Kostenträger, welche sich finanziell daran beteiligen. Die Vereine beteiligen sich an den verschiedenen Aufwendungen, UBS und BASF beteiligen sich mit einem Beitrag, der auch nicht ohne ist. Die Gemeinde Allschwil finanziert nur den Landerwerb des Fussballplatzes und den Bau des Fussballfeldes inklusive Parkplätze. Sie sehen hier, wo die CHF 3'000'000 Infrastrukturbeitrag von der Firma siTEX untergebracht sind und zu was die Firma siTEX bereit ist zu finanzieren. Es fliesst kein Geld über die Gemeinde. Die Gemeinde ist nur mit allen in Verbindung und schaut, dass dies so umgesetzt wird, wie wir es uns vorstellen. Das ist ziemlich transparent und ich hoffe, dass ich damit die Frage von Jürg Vogt beantworten konnte. Der Beitrag der Gemeinde an die Vereine ist tatsächlich ein moderater Baurechtszins. Den Baurechtszins finden wir in Ordnung, weil wir diesen Vereinen ein weiteres Überleben garantieren möchten. Wenn sie für die Fläche, die Sie dort benötigen für Tennis, Boccia etc. einen handelsüblichen Zins bezahlen müssten, dann wäre das auf die Länge nicht mehr stemmbar, oder der Mitgliederbeitrag wird so exorbitant hoch, sodass es zum Scheitern verurteilt ist. Daran liegt niemandem etwas, wir suchen eine nachhaltige und langfristige Lösung. Ich hoffe, ich konnte die Frage mit den Infrastrukturbeiträgen beantworten.

Barbara Selinger, EVP/Grüne Fraktion: Christoph Morat hat vorhin etwas zu den Anzahl Wohneinheiten gesagt, die es jedes Jahr braucht. Ich habe in den Unterlagen eine viel höhere Zahl gesehen von Wohneinheiten, die in den letzten zwei Jahren entstanden sind, rund 800. Es gibt noch ein paar Verschiebungen über die Jahreszahlen. Es sind aber deutlich mehr als 80. Ich habe auch im Mitwirkungsbericht gelesen, dass die Leute des Teams, die im Jugendland arbeiten, offensichtlich bereits etwas erlebt haben mit den sogenannten Schall- und Raumemissionen, mit den Kindern dort. Ich fände es toll, wenn man es hätte reduzieren können auf einen Quartierplan Wohnen im Alter, und nicht beides. Denn jetzt ist noch ein Kindergarten und ein Tagesheim nötig. Mit der Tagesstätte für Betagte, Wohnen im Alter, Tagesheim, Kindergarten und Jugendland habe ich die Frage, ob es da Probleme oder Erfahrungswerte gibt, dass es nicht ständig Reklamationen gibt, dass die Kinder still sein sollen etc. Es ist schön, wenn Generationen auf so engem Raum miteinander leben können. Ich habe leider andere Erfahrungen gemacht in unserem Quartier, wo ständig Reklamationen wegen dem Kindergarten kommen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Barbara Selinger, zu deinen zwei Fragen. Um den Bestand zu erhalten, braucht es 80 neue Wohnungen pro Jahr für eine Gemeinde mit der Grösse von Allschwil. Wir hatten in den letzten Jahren einen Zuwachs von Leuten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass wir einen Überschuss an Wohnungen produziert haben, deswegen sind neue gekommen. Die 80 Wohneinheiten sind nur für den Erhalt. Das war zu einer Zeit, wo wir um jeden Einwohner gebangt haben, ob er hier bleibt oder wegzieht. Dieses Bild hat sich mittlerweile geändert. Deswegen haben wir einen Zuwachs an Menschen, weil mehr Wohnungen gebaut werden. 2003, als die Studie von Plattner Schulz und Partner erstellt wurde, hatten wir ein Manko und mussten zuerst einen Aufholbedarf abdecken, bevor wir überhaupt an die nächsten 80 Wohnungen für den Erhalten denken konnten. Bei der Ziegelei wurden 600 Wohnungen gebaut, und es wurden auch noch andere Wohnungen gebaut. Mittlerweile sind wir hier in einem guten Bereich und grössere Quartierpläne in nächster Zeit sind mir im Augenblick nicht bekannt. Es ist ein moderates Wachstum. Zur Frage bezüglich der Nachbarschaft und den Kindern. Das kann ich nicht beantworten, ob es dort Reklamationen geben wird von Leuten, die in der neuen Überbauung wohnen werden. Von mir aus gesehen gibt es dort kein grosses Potential, sodass es Einschränkungen geben wird. Ich stelle mir ein Quartier vor, das lebt. Wir möchten explizit kein Ghetto. Wir möchten auch kein Altersghetto. Mir ist nichts bekannt, dass es dort nachbarschaftliche Probleme gibt zwischen den Kindern im Mittelpunkt und der Alterssiedlung. Im Gegenteil, ich kenne Leute, die das geniessen, dass nebenan etwas läuft.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich möchte auf die Infrastrukturbeiträge zurückkommen. Ich bedanke mich für die Antwort. Der Gemeinderat kann mir nicht widersprechen, dass man für diese Vereine sehr gute Lösungen gefunden hat. Das Land finanziert die Gemeinde. Ungefähr knapp die Hälfte des Landes haben die Vereine zur Verfügung. Das finanzieren wir und dafür bezahlen wir Zinsen. Dass sie jetzt zu neuen Anlagen kommen und dass diese neu gebaut werden, ist eine gute Sache. Aber man muss sehen, dass die Vereine dort das grosse Los gezogen haben. Ich habe grundsätzlich nichts dagegen, aber man muss es mit anderen Vereinen gleichstellen.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe eine Sachfrage. Wir haben vorhin gesehen, was siTEX bezahlen muss, es sind rund CHF 4'800'000 an Umbau und Landerwerb usw. bei den Sportplätzen neben dem Brühl. siTEX kriegt vom Einwohnerrat ein Upgrade von der Zonierung Sportplätze zur Zonierung Quartier, W3 oder mehr. Sind die knapp CHF 5'000'000 alles, was es siTEX kostet, das Upgrade zu erhalten? Was nützt es der Gemeinde sonst noch?

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich beantworte die Frage von Jürg Vogt zuerst. Mit der Folie, die wir vorhin gezeigt haben, konnten wir glaubhaft darstellen, dass die Gemeinde Allschwil CHF 1'000'000 und CHF 1'250'000 für den Bau eines Fussballfeldes inklusive der Erstellung der notwendigen Parkplätze übernimmt. Das sind die einzigen Kosten, die die Gemeinde Allschwil übernimmt. Das ist ziemlich genau der Ersatz vom Gartenhof. Alles andere finanzieren nicht wir, alles andere haben wir so eingefädelt. Das Land, welches wir nicht benötigen vom UBS-Sportplatz soll sinnvoll genutzt werden und Leute aus Allschwil sollen dort weiterhin ihrem Hobby nachgehen können. Das ist nichts verwerfliches. Man kann auf die Leute zugehen und sagen, dass wir da ein Stück Land haben, welches wir momentan für nichts anderes brauchen, aber wir bezahlen nichts an eure Infrastrukturen, sondern wir brauchen in erster Linie den Sportplatz, den Fussballplatz als Ersatz für den Gartenhof. Die Frage von Christoph Benz habe ich so verstanden, was es Allschwil sonst noch bringt, ausser den CHF 3'000'000 für den Infrastrukturbeitrag. Es sind fast CHF 4'900'000, welche man als gesamten Infrastrukturbeitrag sehen kann, auch als Ersatz für die Sportflächen Ex-Ciba jetzt BASF. Es waren langwierige Verhandlungen. Herr Stutz ist ein guter Partner im Verhandeln, und wir haben Herrn Stutz und seinen Mitstreitern einiges abgerungen. Die Alterswohnungen im Ergänzungsleistungsbereich muss man bezahlen. Da muss jemand eine Einbusse vornehmen von gewissen Wohnungen. Das waren härteste Verhandlungen mit der Alterskommission, die sich dort in die Verhandlungen eingeschaltet hat. Das ist nicht von der Hand zu weisen, dass auch in dieser Beziehung Zugeständnisse gemacht wurden seitens des Investors. Der Kindergarten, der möglich wäre, falls es ihn braucht, sowie die Tagesstätte, die man erstellen kann, wir haben ja Wartepplätze bei den Tagesheimen, ist auch ein Zugeständnis. Die CO2-neutrale Energiegewinnung ist nicht gratis zu haben in der heutigen Zeit. Ich denke, dass wir mit dem Investor ausgehandelt haben, was machbar und für beide Seiten eine gute Lösung ist, sodass sich nicht einer abgerissen vorkommt. Und auch wir konnten unsere Bedürfnisse abdecken, die wir in diesem Quartier notwendig finden. Es sind vor allem diese Eckpunkte, die ich eingangs erwähnt habe, an denen dieses Projekt gewachsen ist. Ich habe die Projektstudie des ersten Entwurfs hier. Da hat sich einiges getan und das ist in langen Verhandlungen so entstanden.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich möchte nur noch etwas anfügen. Man soll sich das kurz in Erinnerung rufen, was vorhin Jürg Vogt gesagt hat. Und dann soll man hintendran hängen: Und für die Pfadi hat es nicht gereicht.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich möchte gerne etwas richtig stellen. Die Gemeinde Allschwil sucht Ersatz für den Sportplatz Gartenhof, diesen finanzieren wir, ansonsten unterstützen wir niemanden. Wenn man wissen möchte, weshalb der Baurechtszins CHF 1 kostet, dann gibt es eine glasklare Antwort: Weil wir das Land nicht bezahlt haben. Das Land wird von siTEX bezahlt, das sind die CHF 3'000'000. Wir bezahlen das Land, auf dem Tennis gespielt wird, nicht. Die Gemeinde bezahlt nur diesen Teil selber, den sie auch selber braucht. Somit unterstützen wir den FC Allschwil gleich weiter, wie wir ihn bis anhin unterstützt haben, und nicht irgendwelche andere Vereine. Bei der Gemeinde in der hintersten Reihe schauen Sie bitte die drei Nullen an. Das sind die drei aussagekräftigen Nullen, die klar zum Ausdruck bringen, dass die Gemeinde hart verhandelt hat, auch mit dem Tennisverein und den anderen, und dass wir keine anderen Vereine finanzieren als den FC Allschwil. Der FC Allschwil erhält auch nicht mehr als bis anhin. Es ist der Ersatz für Gartenhof, damit wir dort das Schulhaus bauen können. Das möchte ich klarstellen, damit man die Vereine nicht

gegeneinander ausspielt. Wir reden heute von den Infrastrukturbeiträgen. Das ist keine Milchkuh, sondern das sind knallharte Verhandlung. Es gibt keine gesetzliche Grundlage für das Einfordern von Infrastrukturbeiträgen. Wir müssen da verhandeln und genau das haben wir gemacht. Das Ziel dort war es, Ersatz zu schaffen für Sport und Freizeit, um das weiterhin anbieten zu können. Das ist passiert im linksufrigen Bachgrabengebiet, wo es eingezäunt ist für Sport und Freizeit. Für diesen Ersatz musste die siTEX bluten. Dafür hat siTEX letztendlich auch bezahlt. Selbst zum Pfadilokal gibt es Gedanken bei der siTEX, wenn sie denn noch darauf angewiesen sind.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte dort anknüpfen, wo meine Vorredner aufgehört haben, vor allem Jürg Vogt, der darauf hinweist, dass wir uns die Subventionierung des Fussballvereins etwas kosten lassen. Lassen Sie mich kurz etwas über die Hintergründe sagen. Die siTEX bezahlt nicht CHF 5'000'000, weil sie unbedingt den Sport unterstützen möchte, sondern sie bezahlen dies deshalb, weil wir heute Abend der Umzonung zustimmen. Es ist nichts anderes als eine Mehrwertabschöpfung, die die siTEX haben, dank dem, das es plötzlich zu Bauland wird. siTEX wäre auch bereit gewesen, dieses Geld in die allgemeine Gemeindekasse zu bezahlen. Wir haben hier eine leidige Verknüpfung gemacht, indem man gesagt hat, das Geld fliesst direkt in den Fussball. Man hätte hier zwei Vorlagen machen müssen, das wäre ehrlicher gewesen. Wir sagen, dass CHF 5'000'000 in die Kasse kommen und dann machen wir eine Ausgabenvorlage über CHF 5'000'000, die direkt an den Fussball fließen. Ich finde es nicht sehr transparent gelöst, auch wenn ich mich über die CHF 5'000'000 freue.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Wir reden jetzt kreuz und quer durch die Vorlage hindurch. Es geht um den Sportplatz Gartenhof. Das haben wir auch in der Konsultativkommission immer so besprochen. Zwei von meinen Vorrednern waren in dieser Kommission dabei und es war von Anfang an klar. Ich glaube, dass es unbestritten ist, dass dieses Grundstück irgendwann bebaut wird, ob wir hier das wollen oder nicht. Es wird irgendwann Bauland sein und irgendwann wird gebaut. Heute geht es darum, ob wir mit einem Quartierplan ein zukunftsorientiertes Projekt bewilligen, welches viel Grünfläche hat, damit möchte ich die grünen Gegner des Projekts ansprechen. Wenn wir es ganz normal bebauen würden, dann hätten wir nicht einmal die Hälfte der Grünfläche, die wir jetzt dort haben. Die Hochhäuser, die wir hinten haben, sind hohe Häuser und keine Hochhäuser. Die Hochhäuser stören schlussendlich niemanden. Wenn man schaut, was in der letzten Zeit oder vor Jahren gebaut wurde, dann haben wir in Allschwil viel höhere Häuser. Es macht Sinn, dass man ein Grundstück so nutzt. Bei diesem Quartierplan geht es darum, dass wir das Optimale für die Gemeinde herausholen und dass der Investor das Optimale gibt. Ob es Kindergeschrei in dem neuen Quartier gibt oder sonstige Unannehmlichkeiten sind nicht das Problem des Einwohnerrates sondern der Verwaltung, die das dann verwaltet. Ob diese Wohnungen vermietet werden oder nicht und ob Wohnungen in einem Hochhaus vermietet werden oder in einem tiefen Haus, ist auch nicht das Problem des Einwohnerrates sondern des Investors.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Ich bin etwas überrascht über die Kosten des Fussballplatzes. Ich weiss nicht, ob es nur mir so geht. Der Ersatz des Fussballplatzes Gartenhof kostet die Gemeinde Allschwil CHF 2'250'000. Ich meine, dass man in der VPK nur von CHF 1'000'000 geredet hat, welche die Gemeinde für den Landerwerb bezahlt. Kolleginnen und Kollegen der VPK dürfen mich gerne korrigieren, wenn die CHF 2'250'000 genannt wurden. Die CHF 2'250'000 stehen in direktem Zusammenhang mit dem Schulhausneubau. Ich finde es ehrlicher, wenn die Gemeinde dies als Kosten ausweist. Wir können nicht Kosten in Zusammenhang mit dem Schulhausneubau aufteilen. Diese CHF 2'250'000 kommen zu den CHF 50'000'000, oder wie viel es denn sein wird für das neue Schulhaus, dazu.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich habe eine Verständnisfrage an Gemeinderat Morat. Es hiess, dass der Investor siTEX tief in die Tasche greift für die Alterswohnungen. Einige hier drin wissen nicht, dass Alterswohnungen vom Bund und vom Kanton subventioniert werden und auf 30 Jahre abgeschrieben werden dürfen bei der Verwaltung. Das sollte auch gesagt werden.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Roland Naef hat es vorhin gut gesagt. Bitte vermisch jetzt nicht zwei Sachen miteinander. Der Sportplatz und der Landerwerb wird erst noch stattfinden und ist selbstverständlich Gegenstand der Schulhausvorlage für unser neues Schulhaus, das hat damit nichts

zu tun. Da die Finanzierungen trotz allem komplex sind, wollten wir es hier bereits aufzeigen, wie es ablaufen wird. Der Sportplatz als solches wird beim neuen Schulhaus Thema sein. Das ist verknüpft, denn wir müssen den Sportplatz zügeln, um ein neues Schulhaus zu bauen. Bei den CHF 2'250'000 ist das Land noch dabei. Wir haben bisher von den Kosten für das Erstellen eines Fussballfeldes geredet. Aber das wird dann noch ein Thema sein und über das befinden wir jetzt nicht, das ist ganz klar.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen nun zur abschnittswisen Beratung.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Planungsinhalt

3. Beschrieb der Quartierplan-Überbauung

Christoph Morat, Gemeinderat: In der VPK wurde festgestellt, dass die Gebäudenummerierungen nicht genau übereinstimmen. In der Vorlage stimmt es effektiv nicht ganz. Es stimmt aber im Quartierreglement und auf dem Plan. Heute heisst es A, das ist der Block längs der Strasse, B und C sind die beiden Blöcke gegen die Alterssiedlung, wo auch das betreute Wohnen reinkommt. D, E und F sind die Hochhäuser hinten. Es hat hier einen Korrespondenzfehler drin. Wir reden heute von A bis und mit F.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich habe eine Bemerkung zu Punkt 3.2, das ist der Wohnungsmix. Wir sehen dort, dass es Zwei- bis Viereinhalbzimmerwohnungen gibt. Ich finde es sehr schade, dass wir keine grösseren Wohnungen anbieten können. Ich habe das seinerzeit beim UBS-Areal erwartet, schöne grosse Sechs- bis Siebenzimmerwohnungen. Es wurde nicht gemacht und ich weiss nicht weshalb, aber ich wollte es anmerken.

4. Kosten

5. Arealbaukommission

6. Mitwirkungsverfahren

7. Kantonale Vorprüfung

8. Anträge

Rolf Adam, Präsident: Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

8.1 Dem Quartierplanung "Langmatten II", bestehend aus Quartierplan und Quartierplan-Reglement, wird zugestimmt und dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt.

://:

Diesem Antrag wird mit 33 Ja- zu 1 Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

8.2 Die öffentliche Urkunde betreffend Quartierplan-Vertrag inkl. Vereinbarung wird zur Kenntnis genommen.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt. (Red. Anmerkung: s.S. 74 „Zurückkommen“)

://:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich mag mich an gloriose Zeiten des Einwohnerrates erinnern, als die Halle noch der Gemeinde gehört hat, Kurt kann das bestätigen. Man konnte hierhin kommen, ein Papier dem Gemeindevorstand in die Hand geben und ihn bitten, allen Fraktionen zu verteilen. Ich komme heute mit einem Anliegen und der Ratsvorstand sagt mir, dass er keine Kopien machen kann, weil es hier keinen Fotokopierer hat. Ich mache keinen Budgetantrag, aber ich bitte die Verwaltung dafür zu sorgen, dass die Grundausrüstung, zum Beispiel ein Fotokopierer, hier ist. Wenn das nicht geht, dann mache ich einen Budgetantrag.

Rolf Adam, Präsident: Herr Winter, wir haben einen Visualizer. Wir machen nun Pause.

PAUSE

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zum Info-Fenster.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich habe die ungewohnte Freude heute und darf Thomas Pfaff vertreten und gute News bekannt geben. Wenn dieser Apparat funktioniert, dann würde man es sehen. Es geht um das neue Polizeifahrzeug. Das alte Fahrzeug ist ausgestiegen, wir mussten ein neues kaufen. Und damit alle wissen, wovon man sich in Zukunft in Acht nehmen muss, so sieht das neue Polizeiauto in Allschwil aus.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2012, sowie Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, vom 30.10.2012, betreffend Teilrevision Wasserreglement und Abwasserreglement, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4097 / A

Rolf Adam, Präsident: Es handelt sich nur um die erste Lesung, wir nehmen den Bericht am Schluss nur zur Kenntnis. Wir stimmen über die Anträge in der Dezembersitzung ab, dann ist nämlich die zweite Lesung. Ich frage den Rat an, ob wir direkt mit der Beratung beginnen können.

Robert Vogt, Gemeinderat: Mit dieser Teilrevision des Wasser- und Abwasserreglements kommen wir einen Schritt weiter. Wir haben im Jahr 2006 den grundsätzliche Wechsel bereits vollzogen. Da haben wir den Systemwechsel gemacht und schätzen unsere Anschlussgebühren nicht mehr nach dem Gebäudeversicherungswert ein. Neu kommt nur noch die Fläche einer Parzelle als Kriterium in Frage. Dies entspricht der neuen Umweltschutzgesetzgebung. Da befinden wir uns in bester Gesellschaft, und dies bereits seit dem 1. Januar 2007. Bei diesem Reglement hat es sich in der Praxis gezeigt, dass es einige Anpassungen braucht. Diese Änderungen sind in dieser Teilrevision vorgeschlagen. Es handelt sich um drei Änderungen. Erstens eine Anpassung im Bereich der Baurechtsparzellen, zweitens im Bereich von Quartierplänen und Familiengartenareal, drittens bei Parzellenmutationen. Ganz vereinfacht kann man sagen, dass das System viel einfacher geworden ist. So konnte man es umgehen, indem man zum Beispiel Baurecht errichtet hat auf einer Parzelle und damit die Fläche verändert hat. Neu regeln wir dies mit der Teilrevision so, dass man immer bei einem Bauvorhaben, wenn ein Baugesuch eingereicht wird, die Grösse der Parzelle bestimmt wird. Aufgrund der Grösse werden die Anschlussbeiträge erhoben. Das ist jeweils immer gleich für das

Wasser- und das Abwasserreglement. Zudem haben wir bei Familiengartenareal und bei Quartierplänen, wo meist ein Wasseranschluss vorhanden ist, neu die Möglichkeit, wenn ein Baugesuch eingereicht wird, dass es neu beurteilt wird und der Anschlussbeitrag wird berechnet, selbstverständlich auch bei der Parzellenmutation. Auch dort können wir bei einer Bautätigkeit, wenn die Parzelle grösser, kleiner oder unterteilt wird, diese Beiträge neu festlegen. Sie können sicher sein, ein Eigentümer oder ein Bauherr bezahlt nicht zweimal, sondern es werden beim Neubemessen die bisher geleisteten Beiträge in Rechnung gestellt. Damit ist die Gerechtigkeit sichergestellt. Wir mussten auch den Rechtsschutz ändern, weil neu das Steuer- und Enteignungsgericht zuständig ist und nicht mehr der Regierungsrat. Soweit meine Ausführungen.

Rolf Adam, Präsident: Ich frage den Rat, ob das Eintreten bestritten ist? Das ist nicht der Fall und wir kommen zur Detailberatung.

Simon Maurer, SP-Fraktion: In der Kommissionssitzung wurde dies von Herrn Vogt und Herrn Linder ausführlich dargelegt, weshalb die Änderungen notwendig sind. Es werden Korrekturen am Reglement aus dem Jahr 2007 vorgenommen. Man hat gemerkt, dass es noch Lücken gibt, welche gerne ausgenutzt werden oder unklar sind. Wir in der Fraktion begrüßen dies und wir werden dieser Teilrevision zustimmen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir haben das Wasserreglement in der FDP-Fraktion angeschaut. Wir haben gesehen, dass mit den Korrekturen Lücken geschlossen werden, und das ist gut, sodass es keine Umgehungsmöglichkeiten gibt. So haben alle die gleich langen Spiesse.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben dieses Geschäft auch angeschaut. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es eine Formsache ist. Es wird dem kantonalen Recht angepasst. Wir unterstützen diese Vorlage.

Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion: Auch wir in der GLP/BDP-Fraktion haben dieses Geschäft angeschaut. Wir begrüßen diese Anträge des Gemeinderates. Scheinbar waren hier Gesetzeslücken vorhanden, welche man gut ausnutzen konnte. Durch die Revision sollen diese geschlossen werden. Wir werden den Anträgen zustimmen, wenn es denn so weit ist.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident:

Beilage 1: Teilrevision Wasserreglement vom 29. November 2006

Beilage 2: Teilrevision Abwasserreglement vom 29. November 2006

1. Allgemeine Bestimmungen

2. Anschlussbeiträge

Rolf Adam, Präsident: Wir nehmen das Geschäft soweit zur Kenntnis und werden, wie bereits erwähnt, im Dezember in der zweiten Lesung über die Anträge abstimmen.

[Zurückkommen Trakt. 2 Geschäft 4062/A]

Ich möchte kurz auf das vorhergehende Geschäft zurückkommen, Quartierplan und Quartierplanreglement. Wir haben dort nicht über das Reglement gesprochen. Hat jemand noch das Bedürfnis, dies zu tun? Das ist nicht der Fall. Somit ist das in Ordnung.

01.040

Gemeinderat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 24.10.2012, betreffend Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2009 – 2014, Stand Juni 2012
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3821 / A

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich bin in der glücklichen Lage eine positive Botschaft abzugeben zur Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2009 – 2014. Es ist immer schwierig, etwas Positives zu kommunizieren, weil einem das recht schnell als Übermut oder Prahlerei ausgelegt wird. Ich gehe dieses Risiko ein, denn wenn gute Arbeit geleistet wird, dann darf man das grundsätzlich auch zeigen. Die Ausgangslage ist allen bekannt. Wir haben die Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2009 – 2014, wo wir aufgezeigt haben, was wir in der Gemeinde Allschwil während dieser Periode realisieren möchten. Im Zentrum stand das Wohnen, Leben und Arbeiten in Allschwil. In der Tat sind wir hier auf Kurs. Wir konnten zahlreiche Projekte abschliessen, wie Sie in der Vorlage gesehen haben. Wenn ich die heutige Diskussion anschau, dann werden immer wieder die gleichen Fragen gestellt. Welche Ziele hat der Gemeinderat bezüglich Wachstum. Sie können das Entwicklungs- und Massnahmenpapier anschauen, welches wir jetzt auf dem Tisch haben, Sie können auch vorherige anschauen. Der Gemeinderat hat noch nie eine Wachstumsstrategie für die Gemeinde Allschwil formuliert. Wir haben uns noch nie zum Ziel gesetzt, dass Allschwil 20'000, 24'000 oder 30'000 Einwohner und Einwohnerinnen haben soll. Es geht dem Gemeinderat bei der Zielsetzung immer nur darum, Wohnen, Leben und Arbeiten in einen optimalen Einklang zu bringen. Heute kam wieder die Diskussion, wer baut, die Gemeinde oder Private. Ich möchte das wie folgt bekannt geben. Im Quartierplanverfahren ist es selbstverständlich möglich, dass wir nein sagen und damit den Privaten das Bauen verhindern. Das ist nicht unbedingt das Ziel von unserer Eigentumsverfassung in der Schweiz, wo grundsätzlich der Grundeigentümer bestimmen kann, wie er sein Land nutzen möchte. Wir reden immer von der Verdichtung nach Innen. Das ist nicht nur ein Begriff, den wir in Allschwil brauchen möchten. Es geht letztlich darum, die Zentren zu stärken, sodass wir weniger in der Agglomeration zersiedeln und damit weniger Arbeitsverkehr generieren. Das ist auch ein wichtiger Grund, weshalb ich der Meinung bin, dass Allschwil sehr gut daran tut, zu verdichten. Es gibt verschiedene Zielsetzungen, die hier aufeinandertreffen. Im Zentrum steht der Mensch. Wir haben Wüest & Partner damit beauftragt, das Bevölkerungswachstum in Zukunft in Allschwil anzuschauen. Wir haben das gemacht und darauf reagiert. Wenn man heute denkt, dass das neue Schulhaus einzig und allein aufgrund des Bevölkerungswachstums gebaut wird, dann ist das nicht korrekt. Hauptgründe für das neue Schulhaus sind vor allem Harmos, das 6. Primarschuljahr und die Tagesschule, die wir in Allschwil beschlossen haben. Dies führt dazu, dass wir einen echten Mehrbedarf an Schulraum haben. Dies alles auf den Bevölkerungswachstum zurückzuführen, ist nur die halbe Wahrheit. Dass es Verkehr auslöst, wenn gebaut wird, ist uns klar. Wir sind an vorderster Front, ich bin im politischen Leitungsausschuss des Projekts ELBA dabei, um die Verkehrsentslastung für Allschwil zu realisieren. Wir sind da auf einem guten Weg. Wir haben ein Freiraumkonzept, welches wir anstreben. Wir kommen da auf Sie zu. Wir haben ein Alterskonzept. Die wichtigsten Eckpunkte sind gesetzt im Zonenplan Siedlung und im Zonenplan Landschaft, welche realisiert wurden. Wir hatten Seminare, wo wir die strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung miteinander entwickelt haben im Gemeinderat. Wir sind uns im Klaren darüber, dass wir unterschiedliche, aber eine grosse Anzahl an Konzepten haben. Wir werden uns darüber Gedanken machen, wie auch ein Vorstoss pendent ist, ob aus diesen verschiedenen Konzepten ein Gesamtkonzept entwickelt werden kann. Dies ist nach dem Seminar noch Diskussion. Wir konnten enorm viel realisieren, auch dank Ihrer Mithilfe. Ich möchte nicht ins Eigenlob verfallen, ansonsten muss ich mir das nachher hören. Aber ich darf Ihnen sagen, dass wir gut sind. Und wenn man gut ist, dann darf man das sagen. Wir haben auf Seite 2, Fachstelle für Altersfragen, das Alterskonzept umgesetzt. Wir haben eine der modernsten Spitex mit integrierter Tagesstätte, wir haben die Arbeitsfachstelle Arbeitsintegration. Wir haben einen neuen Zonenplan Landschaft, der am Tun ist, Zonenplan Siedlung, Feuerwehrmagazin, eine Tagesschule auf Primarschulstufe und eine Immobilienstrategie. Beim ÖV hatten wir eine Entwicklungsexplosion, wie Sie bei den Buslinien festgestellt haben. Wenn ich schau, was der Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr bedeutet, dann werden wir unsere Buslinien noch deutlich verdichten. Die Buslinie 48 wird den Takt erhöhen und sie fahren Montag bis Samstag. Die Buslinie 64 ist neu, sie verbindet uns mit dem Leimental. Das sind alles ganz zentrale Neuerungen. Chemiemülldeponieren wurden saniert, ein grosser Themenbereich der Gemeinde Allschwil. Wir haben die Bioabfuhr eingeführt, welche auf grosse Freude bei der Bevölkerung gestossen ist. Sie sehen, was alles konkret umgesetzt werden

konnte. Viele Projekte sind noch in Arbeit, zum Beispiel das neue Schulhaus, die Kindergartenstrategie, der UBS-Sportplatz und das Freiraumkonzept. Es wurden noch viele andere Wünsche an den Gemeinderat herangetragen. Auch wir selber haben noch andere Zielsetzungen, welche wir im neuen Entwicklungs- und Massnahmenplan Ihnen erläutern und bekannt geben werden. Wir sind mit dem Erreichten soweit zufrieden und wir bitten Sie, unseren Bericht so zur Kenntnis zu nehmen.

Rolf Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Detailberatung.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Der Antrag des Gemeinderates heisst Kenntnisnahme. Ich habe es in der Hand und ich kenne das Papier, gelesen oder ungelesen. Auftrag erfüllt. Aber lassen wir das. Es heisst strategische Entwicklungsmassnahmen. Entwicklung heisst Vision, es geht vorwärts. Wenn dies ein Plan eines Kinos wäre oder der Spielplan eines FC, dann würde ich sagen Altpapier. Aber das ist nicht der Fall. Das Papier ist sensationell. Ein grosser Fleiss wurde gemacht, als es geschrieben wurde, ein Fleiss von denen, die es lesen. Ich warte jetzt dringend auf das neue Papier im Jahr 2013, welches etwas Neues bringen wird. Ich empfehle allen, diese Sachen aufzubewahren. Ich habe zuhause noch strategische Entwicklungen aus den 80er-Jahren. Es ist wirklich spannend, da wieder hineinzuschauen.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Ich habe nur eine Bemerkung zu Punkt 12. Da steht, dass die Entwicklung von Allschwil auf die Infrastruktur seiner Bevölkerung von rund 20'000 ausgerichtet ist. Diese Zahl müsste man revidieren. Wenn ich richtig informiert bin, dann wird das in den nächsten Monaten erreicht. Dies ist ein Thema, welches unsere Zukunft ab und zu beschäftigen wird. Da müsste man eine Veränderung vornehmen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP-Fraktion haben den Bericht kritisch durchgelesen und haben festgestellt, dass er sehr allgemein und teilweise kurzfristig orientiert ist. Wir lesen sehr viel von zweckmässig, nicht übermässig, alles nicht sehr konkret und nicht messbar. Ich mache zwei Beispiele. Auf Seite 10 die Neuverschuldung, da wird einfach gesagt, dass bis 2013 die Vorgaben eingehalten werden. Man verschweigt allerdings, dass es bis 2017 zu einer massiven Neuverschuldung kommen wird. Wir vermissen auch konkrete Massnahmen. Da wird vieles im Bericht ausgelassen. Wir vermissen auf Seite 31, "Energieverbrauch in den Gemeindebauten soll zurückgehen", konkrete Vorgaben. Es ist einfach nachher zu sagen, dass alles erfüllt wurde, wenn man keine messbaren Ziele hat. Wir wünschen uns für den nächsten Bericht vermehrt Visionen, aber auch qualitativ und quantitativ messbare Vorgaben, damit man nach vier Jahren sagen kann, ob man es erfüllt hat. Dies wäre eine Anregung für den nächsten Bericht.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich bin froh, dass ich doch noch herausgefordert werde. Ich hoffe, dass dir nicht entgangen ist, dass es ein Bericht über die Vergangenheit ist. Was du gesagt hast, diskutieren wir gerne beim neuen Strategiepapier. Das mit der Messbarkeit der Ziele ist so eine Sache. Das kennen wir und wir werden bald wieder darüber sprechen. Die Thematik der Finanzplanung ist nicht Gegenstand dieses Papiers. Den Finanzplan werdet ihr im Dezember zur Kenntnis nehmen können. Dazu weißt du zurzeit mehr als die anderen Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen. Es ist nur eine Momentaufnahme und wir werden auf der Basis dieser Momentaufnahme weiterarbeiten. Wir haben auch festgestellt, dass wir überall auf einem sehr hohen Niveau sind. Wir haben mittlerweile sehr viel in Allschwil. Wenn Sie eine ganz bestimmte Vision haben, welche Sie visionär finden und angehen möchten, dann sind wir jederzeit gerne offen dafür. Bei Jérôme Mollat habe ich jetzt auch keine konkrete Vision gehört. Wir haben in allen Bereichen sehr vorwärts gemacht. Darauf möchten wir aufbauen und dies für die Zukunft erhärten.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Jean-Jacques Winter hat es gesagt, die SP-Fraktion hat mit grossem Interesse die strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung Stand Juni 2012 des Gemeinderates studiert und wird diesen zur Kenntnis nehmen. Es ist der Fraktion und speziell mir ein Anliegen, einzelne Themen aus Sicht der SP zu würdigen. Grundsätzlich findet es die Fraktion sehr gut, dass ein solches Papier in dieser Art als Leitinstrument eingesetzt wird. Es zeigt deutlich die

Komplexität der Bedürfnisse und die daraus abgeleiteten Herausforderungen auf. Der Gemeinderat nimmt die Verantwortung wahr und dafür danken wir ihm. Zu ein paar Schwerpunkten. Ich erlaube mir, dies relativ ausführlich zu machen, denn das strategische Papier muss zwar vom Einwohnerrat nur zur Kenntnis genommen werden, es ist aber zentral für die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen Verwaltung, Gemeinderat und Einwohnerrat, und zum Wohl von uns Einwohnerinnen und Einwohnern von Allschwil.

Punkt 1: Nachhaltigkeitsbeurteilung. Grosse Projekte sollen mit den drei Zieldimensionen Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ökologische Verantwortung und gesellschaftliche Solidarität abgeschätzt und bewertet werden. Wir von der SP freuen uns auf das Gemeindeentwicklungskonzept. Allschwil sucht die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden sowie mit der Stadt. Die SP ist der Meinung, dass sogenannte funktionale Räume, nämlich die neue vierte Ebene in Kanton, eine grosse Zukunft haben. Man muss nicht nur im Quartierplan über den Tellerrand schauen, sondern auch in der Gemeinde.

Punkt 3. Einwohnerinnen und Einwohnern wird die Gelegenheit geboten, ihre Meinung offen und im Dialog einzubringen. Die SP und speziell ich sind davon überzeugt, dass dies bei den Wegmatten keine unterschätzende Rolle spielt. Ich bin gespannt auf die Workshops, welche der Gemeinderat am vorbereiten ist.

Seite 7, die Interessen der Gemeinde werden themenbezogen mit den Allschwiler Landräten besprochen und abgestimmt. Als Betroffener kann ich dem Gemeinderat ein Kränzlein winden. Wir sind sehr gut vernetzt und werden immer darüber informiert, was die Gemeinde bei den Vernehmlassungen rausbringt. Besten Dank dafür.

Punkt 5, Seite 16, Biodiversität. Die Vernetzungsachsen insbesondere das Trittsteinbiotop Läubern werden realisiert. Ihr wisst, dass sich die SP eh und je für die Erhaltung und Förderung der Natur und damit den Lebensraum für Natur, Tier und Mensch einsetzt. Wir hoffen, dass der Druck auf Kanton und Gemeinde wächst, damit die Umsetzung terminiert und endlich realisiert wird.

Punkt 6, Seite 18, Anschluss ÖV an den Bahnhof. Wir hatten grosse Erfolge bei der Entwicklung des ÖV. Bus 48 ist ein Beispiel. Die SP stellt mit Wehmut einmal mehr fest, dass die Allschwilerinnen und Allschwiler beim Lindenplatz um den Service Public kämpfen müssen. Der Anschluss an den Bahnhof SBB wurde noch nicht realisiert dort. Bei der Postagentur hat sich die Hartnäckigkeit gelohnt. Wir werden auch hier dran bleiben und versuchen, auch diesen Teil der Gemeinde dem Verkehrskonzept anzubinden.

Generelles Nachtflugverbot zwischen 22.00 Uhr und 07.00 Uhr. Das ist auch ein Anliegen von uns, wir sind darüber sehr erfreut, dass der Gemeinderat aktiv dahintersteht und sich vehement dafür einsetzt.

Es ist klar, dass die Parteien im Einwohnerrat, Landräte, Gemeinderäte und Verbände zusammenarbeiten müssen, damit dies auch wirklich realisiert werden kann. Es war kürzlich im Landrat, dass wir hier ein grosses Problem haben, vor allem zu den Randzeiten.

Sanierung Baslerstrasse. Da ist es gut, dass der Gemeinderat nicht aufgibt. Es ist ein leidiges Thema für die SP. Wir sollten jetzt endlich konkret werden, eventuell auch mit Vorstössen im Kanton, damit dies mit dem Agglomerationsprogramm endlich realisiert werden kann. Der Bund mischt hier auch noch mit.

Die Förderung des Langsamverkehrs, Veloroutennetz, verkehrsberuhigende Massnahmen, sprich Tempo 30, war heute ein Thema. Die SP begrüsst bewusst den Schutz und die Förderung des Langsamverkehrs. Gerade heute im Quartierplan waren 324 Auto- und 750 Veloparkplätze. Dies bekräftigt den Bedarf eines Verkehrskonzepts, wie das die SP in einem Postulat verlangt. Tempo 30 ist wieder hochaktuell.

Der Raum- und Sollbedarf bezüglich der Schülerprognosen ist zu ermitteln. Die SP stimmt dem zu, das ist so. Es ist jedoch auch eine Tatsache, dass die Bewirtschaftung immer auf möglichst harmonischem Wachstum anzustreben ist. Das bedeutet, dass auch Zeichen in der Bautätigkeit vermehrt via Gemeinderat und Einwohnerrat gesetzt werden müssen. Ich wiederhole mich, aber es ist mir wichtig, auch ruckartige Bewegungen führen zum Reagieren. Wir wollen agieren, darum ist das Strategiepapier sehr wichtig.

Punkt 8, Totalsanierung der Chemiemülldeponien. Da muss ich nicht viel dazu sagen, ich finde es toll, dass Martin Forter und "Chemimüll weg!" gute Arbeit leisten und uns unterstützen. Der Gemeinderat hat da zuverlässige Partner. Es ist ein zentrales Thema, denn Trinkwasser bedeutet Leben. In diesem Zusammenhang freuen wir uns über die Littering-Initiative der CVP, welche eingereicht wurde. Leider hat der Gemeinderat momentan keine Sensibilisierungsaktionen zum Thema Abfall, Recycling und Littering geplant. Dies wäre nach unserer Auffassung zu überdenken.

Punkt 9, Sicherheit und Schutz, Dienstleistungen und sogenannte Blaulichtorganisationen. Auch hier setzt der Gemeinderat auf funktionale Räume. Bei der Sanität und Polizei wird das zum grossen Teil bereits umgesetzt. Bei der Feuerwehr und teilweise auch beim Zivilschutz ist der Kanton daran, die Anforderungen organisatorischer, zeitlicher und räumlicher Hinsicht zu überprüfen und entsprechend

anzupassen. Die SP unterstützt die zeitgemässe Auseinandersetzung bezüglich der Bedürfnisse und den Lösungen.

Die Jugendarbeit lohnt sich immer und muss ein zentrales Anliegen der Gemeinde sein. Die SP ist erfreut über den Zuspruch, dass 90% der Jugendlichen sich in Allschwil wohl fühlen. Gratulation. Die Jugend ist unsere Zukunft und darum ist sie auch wichtig für unsere Gemeinde und unsere Entwicklung auf längere Zeit.

Punkt 11, Kultur. Die Gemeinde hat ein breites kulturelles Angebot, Freizeit, Sport, Lesen, Theater etc. Auch das Museum soll weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Die SP freut sich darüber. Die Vergangenheit verstehen, heisst, die Zukunft besser zu gestalten. Dies könnte auch ein Motto für uns Politikerinnen und Politiker sein. Wir weisen auch hier auf ein Postulat vom Januar 2012 hin, ein Kulturhaus für Allschwil. Wir denken, dass dies der grössten Gemeinde des Kantons sehr gut anstehen würde.

Vier-Generationen-Gemeinschaft. Das Alterskonzept wurde im Einwohnerrat verabschiedet, die Umsetzung ist im Gang. Wir setzen daran, dass der Gemeinderat ohne Verzögerung die vorgesehenen Massnahmen umsetzt, wie er dies bereits macht.

Führung in der Gemeindeverwaltung. Die SP ist sehr erfreut über die Gewichtung dieses Themas. Viele grosse departementsübergreifende Aufgaben sind Herausforderungen. Die Führung ist besonders gefordert. Führungsthemen als fester Bestandteil für das Kader sind heute ein Muss. Der Gemeinderat schreibt im Strategiepapier. Wissensmanagement, individuelles und kollektives Wissen sind allgemein zugänglich zu machen und Verluste bei Abgängen sind zu vermeiden. Das ist ein hoher Anspruch, der gelingen kann, wenn teamorientierte Lösungen gemeinsam erarbeitet werden. In diesem Sinn dankt die SP dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung für ihre strategischen Überlegungen und freut sich, dass wir als mittragendes Gremium vor allem in den Kommissionen, im Einwohnerrat und teilweise auch im Landrat einen Beitrag zur Meinungsbildung leisten können. Besten Dank.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ein umfassend und gutes Papier soll auch umfassend diskutiert werden. Ich fand es auch sehr gut, es ist umfassend und detailgerecht und ich habe mich gern darin bewegt. Die Qualität eines Papiers zeigt sich auch dadurch, dass es weitere Fragen provoziert. Ich möchte weitere Fragen stellen zum Strategiepapier. Der Anfang hat mir sehr gut gefallen, da steht, dass Allschwil seine Zukunftsverantwortung wahrnimmt. Dazu habe ich einige Fragen. Mich nimmt es wunder und das ist absolut notwendig, was der Gemeinderat meint, wie viele Leute Allschwil noch aufnehmen kann, ohne die Lebens- und Wohnqualität zu mindern. Eine Vorstellung dazu sollte im Raum sein. Weiterhin sollte er aufzeigen können, wie die weitere Bautätigkeit fortgeführt werden soll und wie familienfreundlicher und kostengünstiger Wohnraum entstehen soll. Hat er dazu gewisse Vorstellungen? Dann wäre ich froh, diese hier zu lesen. Ich vermisse ein Integrationskonzept. Wie sollen alte Menschen, behinderte Menschen, Migranten, Expats usw. integriert werden, ohne dass Parallelgesellschaften in Allschwil entstehen. Man muss ältere Menschen nicht nur gut unterbringen, sondern sie sollten auch gut integriert werden in die Gesellschaft. Dazu habe ich nichts gelesen und möchte gerne wissen, was der Gemeinderat darüber denkt. Die Schule besteht nicht nur aus einem Gebäude, sondern es ist auch eine inhaltliche Frage. Wie stellt sich der Gemeinderat vor, die Schulreformen umzusetzen. Wie möchte er das angehen, möchte er die Tagesstrukturen fortführen oder erweitern? Es wäre auch interessant zu wissen, wie er das Thema Armut angeht. Wie möchte er die Menschen in Allschwil mehr dazu bewegen, mitzumachen, sich politisch zu engagieren und am Gemeinwesen teilzunehmen? Diese Fragen haben mich bei der Lektüre von diesem guten und umfassenden Papier provoziert.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Jetzt wird es konkret, herzlichen Dank an Andreas und Bruno. Das sind sehr gute Inputs, welche wir gerne entgegennehmen. Wir werden diese Diskussionen wieder hier drin führen, nämlich dann, wenn wir mit dem neuen Strategiepapier kommen. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass wir jetzt Historie gemacht haben. Es ist der Abschluss des alten Strategiepapiers, welches im 2009 geschrieben wurde, und jetzt beim Legislaturwechsel haben wir Rechenschaft darüber abgelegt. Diese Strategiepapiere gehen extra über sechs Jahre, damit man sich nicht in der laufenden Legislatur ausruhen kann und denken, wenn dann nichts war, dann bin ich nicht dabei. Wir versuchen, die Gesamtverantwortung in die nächste Legislatur hinüberzutragen, darum der Zeitrahmen von sechs Jahren. Wir werden auf der Basis dieses Arbeitspapiers die neuen Visionen entwickeln, wenn wir sie uns leisten können. Wir werden auch die anderen Fragen angehen, welche Bruno Gadola angesprochen hat. Selbstverständlich, wie es Andreas Bammatter gesagt hat, bauen wir auf der Basis dieser Vorarbeit auf. Die Gemeinde Allschwil hat in diesem Sinn keine Wachstumsziele bei den Einwohnerinnen und Einwohnern. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir uns

einmal Gedanken dazu machen, wann das Maximum erfüllt ist. Wenn wir das anschauen, ist es eine sehr subjektive Zahl. Der Japaner schätzt das wahrscheinlich anders ein als ein Isländer. Ich möchte es nicht lächerlich machen, aber es ist enorm schwierig. Bei der Bautätigkeit, das nehme ich gerne mit, sehe ich, dass es ein Anliegen ist. Der Gemeinderat nimmt dies sehr ernst mit der Intention und der Intensität, wie wir an das Thema angehen. Das konnte man bei Langmatten II gut beobachten, was dort alles in einen privaten Vertrag hineingepackt wurde. Das ist von mir aus gesehen ein Novum. Wir werden dies entsprechend weiterverfolgen. Grundsätzlich ist die ganze Bautätigkeit in Allschwil klar bis ins Detail reglementiert im Zonenplan Siedlung. Die Ausgangslage für uns ist der Zonenplan Siedlung, wo wir die Verdichtung nach Innen legiferiert haben. Grundsätzlich bauen wir nach dem Zonenplan Siedlung.

Günstige Wohnungen, das nehmen wir auf. Es ist kein einfaches Thema, "günstig" heisst billiger als Marktwert. Da stellt sich immer die Frage, wer die Differenz bezahlt.

Integration, das überlegen wir uns auch. Schulen sind ein Standardthema bei uns. Franziska Pausa ist täglich intensiv damit beschäftigt und wir schauen, wie es weiter geht. Auch Armut nehmen wir gerne als Thema auf. Ich bin sehr dankbar für solche Reflexionen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Zuerst zu Andreas Bammatter. Die 30er-Zone wurde mehrfach abgelehnt. Lasst dies einmal ruhen, es ist flächendeckend nicht gewünscht. Das ist Volkswille und das ist zu respektieren. Eine Frage zum Bus 48. Wie weit ist man da? Ist man da so weit, dass dieser täglich kommt? Ich habe von der Firma her eine andere Information, als es heute gesagt wurde.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wir sind ununterbrochen am kämpfen für mehr ÖV. Es gibt die ununterbrochene Diskussion zwischen Tram und Bus. Wir sind auch für den Lindenplatz, um die Anbindung an den Bahnhof SBB verbessern. Dies geht nicht nur von Allschwil aus. Das braucht ein Agglomerationsprogramm, einen Richtplan des Kantons, die Mitwirkung des Kantons und den Kanton Basel-Stadt. Wir brauchen den generellen Leistungsauftrag, und diesen gibt es jetzt. Der sechste alte generelle Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr wird durch den siebten neuen generellen Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr abgelöst. Dieser fährt nicht übermorgen, sondern wird im Dezember beschlossen und kann auf 2014 umgesetzt werden. Das ist die konkrete Zielsetzung. Nichts desto trotz ist es wichtig, dass die Entscheide dafür jetzt gefällt werden. Die Entscheide, welche jetzt fallen, sind die zentralen Entscheide. Für die Gemeinde Allschwil wird es dank unserem Druck massgebliche Verbesserungen beim ÖV geben, dank den Taktverdichtungen. Gewisse Buslinien werden weitergezogen. Damit ist auch die Anbindung von Allschwil an den Bahnhof SBB verbessert, indem man beispielsweise mit dem Bus 38 direkt an den Neuweilerplatz fahren kann und dort ins Tram umsteigen kann etc. Aber wir müssen das nehmen, was kommt. Am Schluss beschliessen effektiv andere. Ich bin hier sehr zuversichtlich, dass wir vorankommen. Wir sind auch beim Privatverkehr daran, den Individualverkehr dürfen wir nicht vergessen. Der Gemeinderat geht immer davon aus, dass in der Agglomeration der öffentliche Verkehr möglichst unbehindert durch den Individualverkehr zirkulieren soll. Also muss dieser an einen anderen Ort, umsteigen oder an einen anderen Ort. Das sind die zwei Varianten, die wir verfolgen. Wir sind beim Projekt ELBA nach wie vor der Meinung, dass wir eine stadtnahe Tangente benötigen. Beim ÖV wäre natürlich eine S-Bahn Morgartenring toll. Auch dafür kämpfen wir, es steht auf unserer Wunschliste. Wir wissen alle, dass diese Bahnlinie dort stark belastet ist. Aufgrund des Tunnels, den wir dort passieren müssen, ist es fraglich, wie realisierbar es wäre. Für uns wäre das natürlich toll. Wir haben ein kleines Problem in Allschwil, zwei bis drei Kilometer vom Dorfplatz bis zum Morgartenring. Der ganze ÖV, der nicht die Baslerstrasse entlang fährt, ist für einen Teil der Gemeinde ungerecht. Ich begreife die Leute vom Lindenplatz. Eigentlich wäre es nur gerecht, wenn eine solche Buslinie vom Dorf die Baslerstrasse runterfährt, mindestens bis zum Lindenplatz, und dann in Richtung Bahnhof fährt. Wir haben bei allen Varianten, die wir bis jetzt durchdacht haben, das Problem, dass wir immer nur punktuell eine Verbesserung hatten. Wir nehmen das mit dem Lindenplatz mit, das ist nicht bewusst und wir haben ihn auch nicht vergessen. Es ist die normative Kraft des Faktischen, welche uns daran hindert.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte diese Diskussion nicht allzu sehr verlängern. Wir von der CVP-Fraktion haben diesen Bericht des Gemeinderates über die strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung sehr erfreut zur Kenntnis genommen. Wir finden es einen guten Bericht und wir nehmen ihn gerne zur Kenntnis.

Markus Gruber, FDP-Fraktion: Wir von der FDP haben diesen Bericht mit viel Interesse gelesen. Wir sind erfreut, dass einige Projekte wie beispielsweise das Feuerwehrmagazin oder die Tagesschule erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Wir danken dem Gemeinderat für die gute Arbeit. Wir sehen keinen Grund, uns auf den Lorbeeren auszuruhen. Die grossen Brocken wie der Schulhausbau kommen erst, und darum möchten wir in die Zukunft schauen. Wir haben mit Interesse vernommen, dass ein dreitägiges Seminar stattgefunden hat. Wir sind sehr gespannt auf die neuen Strategien.

Rolf Adam, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft und wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident:

Punkt 1 (Seite 1)

Punkt 2 (Seite 4)

Punkt 3 (Seite 6)

Punkt 4 (Seite 9)

Punkt 5 (Seite 15)

Punkt 6 (Seite 17)

Punkt 7 (Seite 28)

Punkt 8 (Seite 31)

Punkt 9 (Seite 33)

Punkt 10 (Seite 37)

Punkt 11 (Seite 42)

Punkt 12 (Seite 44)

Punkt 13 (Seite 45)

Punkt 14 (Seite 47)

Rolf Adam, Präsident:

Der Gemeinderat beantragt, die "Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2009 – 2014", Stand Juni 2012, zur Kenntnis zu nehmen.

//:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

//:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend
Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4095

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Vielen Dank für die Einreichung dieses Postulats. Der Gemeinderat nimmt es sehr gerne entgegen. Die Bildungsforschung geht davon aus, dass die Frühförderung bildungsökonomisch effizient ist. Vor allem hinsichtlich der Chancengleichheit kann mit der Frühförderung von Kindern im Vorschulalter einiges erreicht werden. Bei der Überprüfung von möglichen Förderangeboten von Kindern im Vorschulalter sollen die bestehenden Angebote in der Gemeinde mit einbezogen werden. Sollten dabei allfällige Angebotslücken in diesem Bereich eruiert werden, gilt es Vorschläge oder ein Konzept für ein solches Unterstützungsangebot auszuarbeiten. Ziel des Gemeinderates ist es, der Bevölkerung ein lückenloses Angebot für die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen und deren Erziehungsberechtigten von der Geburt bis zur Volljährigkeit gewährleisten zu können.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich bedanke mich bei der Gemeinde für die Entgegennahme. Für Kinder mit schwierigen Geschichten oder Migrationshintergrund ist dies Gold wert. Der Gemeinderat zeigt sich weitsichtig und sozial kompetent. Alles andere hat Franziska Pausa bereits gesagt und es steht auch viel im Postulat, darum möchte ich nur zuhören, was die anderen Fraktionen dazu meinen.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich bin erstaunt, dass sich hier nicht mehr melden. Ich möchte folgendes zu bedenken geben. Das Postulat geht nirgends anders hin, als in die Verstaatlichung unserer Kinder. Für alles und für jede Lebenslage und zu jeder Zeit sollte man eine Lösung haben, und am besten eine kantonale oder der Gemeinde. Von Eigenverantwortung ist keine Rede mehr. Das stört mich zentral an diesem Thema. In diesem Postulat ist die Rede davon, wie fatal es ist, wenn man Kinder nicht fördert und dass sie das ganze Leben hintennach hängen. Wenn dem wirklich so wäre, dann kann ich das nicht nachvollziehen. Man lernt immer und man lernt auch später dazu. Wenn man schon im Kindergarten hintendran ist, dann sei diese Schere riesig und es gäbe grausame soziale Defizite. Das ist sicher nicht so schlimm. Es werden sehr schwammige Begriffe erwähnt. Was heisst denn "bildungsfern"? Ist jemand ohne Uniabschluss bildungsfern? Muss man einen Dokortitel haben? Wie ist es mit allen, die eine Mittelschule machen? Dieser Begriff ist in meinen Augen nicht verwendbar. Es ist schwierig, wo man diese Grenzen zieht. Wer soll in den Genuss kommen und wer nicht, das lässt das Postulat offen. Es gibt keine objektive Grenze dafür. Das finde ich sehr problematisch, wenn man subjektive Entscheide macht. Es wird zwar gesagt, dass es kosteneffizient ist, wenn man Frühförderung macht und nicht später mit Stützkursen hintennach kommt. Das mag sein. Fakt ist aber trotzdem, dass es etwas kostet und wahrscheinlich nicht zu knapp. Franziska Pausa hat gesagt, dass von der Geburt bis zur Volljährigkeit man alle umsorgen und umhätscheln soll. Da komme ich wieder mit der Verstaatlichung der Jugend, das kann es nicht sein.

Rolf Adam, Präsident: Möchte jemand einen Gegenvorschlag machen? Ansonsten wird das Geschäft überwiesen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich mache sicher keinen Gegenvorschlag. Grundsätzlich ist es klar, der Gemeinderat nimmt es entgegen. Es gibt nur etwas zu diskutieren, man kann sagen, dass man anderer Meinung ist als der Gemeinderat. Der Gemeinderat sagt, dass er mit diesem Postulat arbeitet. Entweder man sagt „nein, leck mich“ oder „ja, mit dir zusammen“. Alles andere ist jetzt nicht nötig und mein Name vorhin auch nicht.

Rolf Adam, Präsident: Wenn kein Gegenvorschlag vorliegt, dann ist dieses Geschäft überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Postulat von Susan Vogt, FDP-Fraktion, vom 05.09.2012, betreffend
Freie Internetzonen (Public Wireless Internetzugang) in Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 4090

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir heute über die Abos der verschiedenen Anbieter problemlos surfen und mailen können, egal wo man sich befindet. Jugendliche bis 25 haben die Möglichkeit, sehr günstige Abos abzuschliessen. Wir sind darum zum Schluss gekommen, dass wir es grundsätzlich nicht benötigen. Vor allem auch, weil wir keine absolut hochfrequentierten Zentren haben in Allschwil, die man mit einem Bahnhof SBB oder einem Flughafen vergleichen könnte. Ansonsten überlassen wir dem Einwohnerrat gerne den Beschluss. Wir erlauben uns, weil wir es uns als Credo gesetzt haben, darauf hinzuweisen, dass dies dann auch Kosten verursachen wird.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Danke für die Ausführungen. Braucht Allschwil ein gratis WLAN? Diese Frage ist definitiv falsch gestellt. Wir sollten uns fragen, ob es für Allschwil einen Nutzen bringt. Und dann ist die Antwort definitiv ja. Im Namen der Wirtschaftsförderung und der mobilen Kommunikation sollte sich der Einwohnerrat für diesen Service Public einsetzen, auch für den Lindenplatz. Im Allschwiler Werbefilm sagt unser Gemeindepräsident, dass wir unserem Ziel näher gekommen sind: Arbeiten und Wohnen am gleichen Ort. Wir könnten einen Schritt mehr in diese Richtung machen und den Allschwiler Pendlern, den jungen und älteren Bewohnern und allen Gästen jederzeit ermöglichen, in bestimmten öffentlichen Zonen kostenlos Informationen abzurufen. Weshalb nicht zum Beispiel mit einem eigenen Gemeinde-App? Es kostet CHF 1 pro Einwohner mit einem gemeinsamen finanzierten Netz der Swisscom. Wir müssen vorausdenkend handeln und rechtzeitig auf diesen Zug aufspringen und nicht warten, bis uns andere Gemeinden zuvorkommen. Wir müssen innovativ sein. Es mag sein, dass viele einen Vertrag haben. Leistungsfähige Abos kosten Geld. Draht- und kostenloser Internetzugang entlastet wirtschaftlich jeden Bürger in Allschwil und die Jugendlichen. Nicht an jeder Ecke gibt es ein Starbucks oder Mc Donalds, und man kann auch nicht auf jedes Internet-Tram warten. Die Mediennutzung nimmt immer mehr zu und Allschwil darf sich davor nicht verschliessen. Mit diesem Bürgerservice präsentiert sich Allschwil als zukunftsfähige Wirtschaftsgemeinde und attraktiver Wohnstandort, ein Grund mehr hierhin zu ziehen. Ich bitte Sie diesem Postulat zuzustimmen. Wie es Jean-Jacques gesagt hat: Allschwil hat viel vor.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben uns mit diesem Postulat auseinandergesetzt. Uns ist durchaus bewusst, dass die freie Internetzone immer moderner und beliebter wird. Man kann neuerdings im Tram surfen etc. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass dies ein klassisches Beispiel von nice-to-have ist. Das braucht es nicht und ich kann mir nicht vorstellen, dass ich im Tramhüsli am Dorfplatz oder am Lindenplatz mit dem Laptop auf dem Schooss sitze und dort surfe. Das mache ich lieber zuhause. Es ist nice-to-have und es braucht dies nicht. Wir sind dafür, dass wir dieses Postulat nicht entgegennahmen.

Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion: Unserer Fraktion ist klar, dass freies WLAN sehr attraktiv wirken kann, vor allem für Jugendliche. Ich möchte hier niemanden verunglimpfen. Ich frage mich, was Jugendliche mit dem Internet machen. Es gibt bereits gute Daten-Abos, wo man viele Megabites nutzen kann. Um die Internetseite der Gemeinde Allschwil abzurufen, reicht ein Handy-Abo längstens. Auf die Aussage bezogen, Pendler zum Bahnhof SBB, möchte ich anfügen, dass in der BVB und glaub auch in der BLT bereits schon lange die WLAN-Versuche stattfinden. Auf dem Weg zum Bahnhof sind diese Geräte bereits installiert. Damit wäre das hinfällig. Ich frage mich, ob der Nutzen eines WLAN da ist, weil man auch günstig ein Abo lösen kann. Wir werden dem Postulat nicht folgen und dagegen stimmen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion ist ebenfalls für die Nichtentgegennahme des Antrags. Wir sind der Meinung, dass die gängigen Abos für Handys und Tablets ausreichen. Die zwei einzigen Orte, wo es sich für uns als sinnvoll erweisen würde und wo wir es nachvollziehen können, dass man auch damit arbeiten würde mit einem Laptop, wäre am Lindenplatz und am Dorfplatz. Dort hat es sehr viele Restaurants und Seminare. Anstatt dass die Gemeinde von sich aus eine Free-Wi-Fi-Zone einrichtet, wäre dort ein bilateraler Weg mit der Swisscom sinnvoller. Sie bieten Hotspots an, wo man sich in ihr WLAN einloggen kann. Dies für die Leute, die das brauchen. Grundlegend und flächendeckend finden wir es nicht nötig und werden dagegen stimmen.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich gehe sehr gerne in meiner Freizeit wandern, gerne auch ein bisschen nebenaus. Dafür brauche ich einen Kompass. Es ist sehr praktisch, denn in den I-Phones ist ein Kompass drin. Dieser nützt mir nur etwas, wenn er fest und gut justiert ist. Mein politischer Kompass ist seit Jahrzehnten so eingestellt, dass wir Sozialdemokraten in der Regel Staat in Ordnung finden, privat höchstens unter Auflagen. Die Kollegen von der FDP finden in der Regel Staat nicht so gut, Privat aber toll. Unter diesem Gesichtspunkt bringt dieses Postulat meinen politischen Kompass etwas ins Schleudern, weshalb man etwas so Privates, wo und wie ich kommuniziere, zu einer kommunalen Aufgabe machen will. Da habe ich Mühe, dies nachzuvollziehen. Auch deine Ausführungen, Susan Vogt, haben mich nicht überzeugt.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich halte gerne dem Einwohnerrat einen Spiegel hin. Giesskanne und Verursacherprinzip. Es kostet jeden privat, der das möchte, und das ist nicht gerecht. Das kann ja nicht aus dieser Ecke kommen. Das musste ich mir vorhalten lassen. Wenn wir das durchziehen, wie es das Postulat will, dann trifft es jeden, auch meine Grossmutter, die das nicht will. Vorhin wurden die Kinder in einem Nebensatz erwähnt. Kinder mit Handy kosten jede Familie, aber kosten auch die Gemeinschaft. Diese Kinder brauchen Spezialbetreuung, sei es vor der Schule oder nach der Schule. Ich rede nicht von Migration, sondern von "Handycap". Wir werden dieses Postulat ganz sicher ablehnen.

Rolf Adam, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft und wir stimmen ab.

://:

Das Postulat wird mit 6 Ja-, 29 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung nicht überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat von Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion, vom 12.09.2012, betreffend
Zentrale, neutrale Anlaufstelle für das Projekt „Unser neues Schulhaus“
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4098

Christoph Morat, Gemeinderat: Es ist nicht so angenehm zu sagen, dass wir das nicht umsetzen möchten. Wir setzen dieses Bedürfnis, welches hier mit diesem Postulat gefordert wird, bereits um. Was Sie hier auf der Folie sehen, sind die Konsultativ-Mitglieder. Ich hoffe, man kann es lesen, es ist nur eine A4-Kopie. Der Gemeinderat hat beschlossen, in einer der nächsten AWB-Ausgaben, diese Liste der Konsultativ-Kommission nochmals zu veröffentlichen. Dies als Beispiel dafür, dass wir auch möchten, dass eine grosse Transparenz da ist und ein grosser Wissenstransfer, wie weit das Projekt ist und welche Komplexität in diesem Projekt "Unser neues Schulhaus" ist. Wir sind bereits an der Umsetzung. Man kann sich vertrauensvoll an die Konsultativ-Mitglieder wenden. Sie werden sämtliche Anliegen in die entsprechenden Sitzungen hineinbringen. Des Weiteren haben wir einen Projektassistenten, Adrian Jeker. Das war ein Beschluss des Einwohnerrates vom April 2011. Diese Stelle ist besetzt. Adrian Jeker ist Projektassistent, er kann kompetent sämtliche Fragen, welche im Gemeinderatsausschuss oder im Gemeinderat zum neuen Schulhaus besprochen werden, beantworten. Wir haben einen externen Projektleiter, Herr Chirico von Dietziker Partner. Auch er ist

über alles im Bilde und kann so weit wie möglich als Auskunftsperson dienen. Dies allerdings immer in Absprache mit Herrn Jeker. Herr Jeker kann auf der Gemeinde Allschwil mit der entsprechenden Email-Adresse jederzeit kontaktiert werden. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat gegen die Entgegennahme dieses Postulats, weil wir es bereits umgesetzt haben. Wir sind uns darüber bewusst, welche wichtige Rolle die Kommunikation in diesem grossen Projekt hat. Dass hier Befürchtungen, Fragen und Bedenken auftauchen, ist uns bekannt. Wir möchten so früh als möglich mit Informationen an die Bevölkerung treten. Wir machen das seit geraumer Zeit mit einem Kommunikationskonzept. Es wird in wechselnden Abständen im AWB etwas geschrieben auf der gemeindeeigenen Nachrichtenseite. Das werden wir auch weiterhin aufrechterhalten, sodass möglichst viele Leute am Thema sind bis zur Volksabstimmung im nächsten Juni, welche wir hoffentlich gewinnen werden. Das ist ein grosses Anliegen. Wir erachten den Sinn und Zweck des Postulats als bereits erfüllt.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich habe dieses Postulat nach den Sommerferien eingereicht, weil ich während den Sommerferien mitbekommen habe, dass Anregungen und Fragen in der Bevölkerung da sind. Sie wussten nicht, an wen sie sich wenden sollen und wer zuständig ist. Ist das der Hochbau oder das Bildungsdepartement. Aus diesem Grund fand ich, dass es eine Ansprechperson geben soll, wo man der Bevölkerung kommunizieren kann, dass sie sich dorthin wenden können. Dort werden die Anregungen, Fragen und Befürchtungen aufgenommen und behandelt. Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass der Gemeinderat aufgrund dieses Postulats die Initiative ergriffen hat, um hier eine Liste zu veröffentlichen. Mit dem Projektassistent Adrian Jeker hat er eine Person bestimmt, das begrüsse ich sehr, auch dass es im AWB publik wird. Somit sehe ich mein Postulat als erfüllt an und ziehe es zurück.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Kommen Anregungen noch an und können diese noch realisiert werden? Ich frage, damit wir nicht falsche Hoffnungen schüren.

Christoph Morat, Gemeinderat: Bestimmte Anregungen können sicher noch angenommen werden. Das Projekt ist in einer einigermaßen fortgeschrittener Planungsphase. Wir werden in wenigen Tagen das Vorprojekt, welches der Einwohnerrat genehmigt hat im Juni, im Gemeinderat zur Kenntnis nehmen und dann die Vorlage an den Einwohnerrat ausarbeiten. Der nächste Meilenstein folgt im Januar, wenn sich die VPK hinter das Geschäft klemmt. Wir sind schon auf einer gewissen Flughöhe, aber die ist noch genug hoch, als dass in der Detailplanung zum Beispiel über Aussenraumgestaltungen oder über bestimmte Gestaltungsmöglichkeiten noch nicht alles bis ins Letzte geklärt ist. Mit dem Wettbewerb ist natürlich einiges gegeben. Das Schulraumprogramm usw. ist natürlich mehr oder weniger bereits gegeben.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Postulat von Susan Vogt, FDP, vom 05.09.2012, betreffend
Wahlhilfe für stimmberechtigte Jugendliche und junge Erwachsene
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4091

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wie Sie bereits gehört haben, bin ich der Stellvertreter von Thomas Pfaff. Ich darf aus seiner Sicht hier nochmals ein Votum abgeben. Den Vorstoss von Susan Vogt haben wir miteinander besprochen. Wir haben das Heft zur Kenntnis genommen, ich habe es speziell angeschaut. In dieser Broschüre ist das Easy-Voting umschrieben. Die Frage ist, ob wir durch das Easy-Voting die Jugendlichen näher an die Politik und an die Urne bringen. Der Gemeinderat hat dies skeptisch diskutiert. Das Interesse ist nicht so gross, da scheint in der schulischen Ausbildung kein grosses Gewicht mehr auf die Staatskunde gelegt wird. Mit einer vereinfachten Darstellung des Abstimmungssachverhaltes kann dies nicht einfach kompensiert werden. Es ist immer noch geschrieben dann und der Betreffende muss sich die Mühe machen, dies selber zu lesen, also sich dafür zu informieren. Aus diesen Gründen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Danke für die Ausführungen, dem kann ich nicht beipflichten. Die simple Aussage, dass Jugendliche dies nicht lesen, finde ich nicht relevant. Meine Motivation ist, dass wir etwas gegen die tiefe Wahlbeteiligung bei unseren jungen Stimmberechtigten tun. Jungbürger sind sich nicht bewusst, wie viel Einfluss die Politik auf ihr persönliches Leben hat. Zuhause fehlt bei den meisten die politische Aufklärung. Das Desinteresse für politische Themen wird ihnen bereits dort vorgelebt. Das dicke Abstimmungsbüchlein vom Bund ist manchmal auch für uns mühsam zu lesen. Wahlunterlagen werden von den Jugendlichen nur gelesen, wenn sie einfach formuliert, attraktiv und peppig daherkommen. Das beste Beispiel momentan ist das Easy-Vote-Wahlbuch. Es wird von Jugendlichen für Jugendliche gemacht in deren Sprache. Die Vorlage ist kurz, prägnant, politisch neutral erklärt, mit Pro und Contra am Schluss und unter dem Dachverband des Jugendparlaments. Die Vorlage vom Bund "Sicheres Wohnen im Alter" hatte 10 Seiten und kam knochentrocken daher, das Easy-Vote knapp und peppig auf einer Doppelseite, sehr gut lesbar, auch für ältere Personen. Es ist wie bei allem, wenn das Grundwissen fehlt, dann kann man die Sache weder praktisch noch technisch umsetzen. Man verliert automatisch das Interesse. Wir müssen dabei den Jugendlichen helfen mit einer einfacheren Wahlhilfe. So stimmen sie ab und gehen an die Urne. Die Kinder- und Jugendorganisation unterstützt diese Wahlhilfe auch. Jeder stimmberechtigte Jugendliche ist ein Gewinn für uns. Bitte unterstützen Sie dieses Postulat und stimmen Sie einer Überweisung zu. Es kostet, wenn die Gemeinde dies verschickt, CHF 2.90 pro Jahr für vier Easy-Vote-Büchlein pro Jungbürger. Pro Jahrgang rechnet man mit 160 Jungbürgern. Nehmen wir drei Jahrgänge zusammen, also 18-, 19- und 20-Jährige, mit einer Probephase von drei Jahren, dann kostet es rund CHF 1'400. Ich glaube, dass es das wert wäre.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion ist für Nichtentgegennahme, dies aus zwei Gründen. Wir meinen, dass es genügend unabhängige Plattformen gibt, wo man sich darüber informieren kann. Bei den meisten Parteien stehen ihre Empfehlungen für die Abstimmungen auf der Internetseite. Wir meinen, dass dies ausreichend ist. Das zweite Problem sehen wir dort, dass man den Hebel an einem anderen Ort ansetzen muss. Ich mache nur ein kleines Beispiel. Ich habe in Basel-Stadt eine Berufsschule gemacht. Wir haben dort noch Staatskunde. Da lernt man alles, wie welche Partei heisst, wer der Bundesrat ist etc. In dieser Klasse sind 30% Schweizer und 70% Ausländer. Das heisst, dass 70% gar nicht abstimmen dürfen, die anderen 30% dürfen, und alle haben es gelernt. 80% meiner Kollegen studieren, machen eine Fachhochschule oder gehen an die Uni. Diese hatten nicht einmal Staatskunde. Dort müsste man den Hebel ansetzen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion ist für dieses Postulat. Dies hat einen Grund, welcher ausreichend ist neben all dem, was Susan Vogt bereits gesagt hat: von Jugendlichen für Jugendliche. Wir müssen auf Augenhöhe gehen und wir müssen sie motivieren. Es ist ein Versuch wert. Es geht jetzt um die Überweisung des Postulats. Wenn der Gemeinderat nachher Ausführungen macht, dann kann man immer noch herumschrauben und einen Vorschlag machen. Wir müssen das prüfen und dann hören wir, was der Gemeinderat berichten wird. Wenn die Jugendkommission dies befürwortet, dann ist dies eine Fachkommission. Wenn die es mit ihren Fachkenntnissen beurteilen und dafür sind, warum sollten wir es ihnen verweigern. Ich bitte Sie, über den Schatten zu springen und wenigstens der Jugendkommission, wo wir alle Vertreter hinschicken, dies in die Hand zu geben.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es ist auch die Frage der Lehrer, was sie damit machen. Meine Tochter hat vor jeder Abstimmung, obwohl sie erst 12 Jahre alt ist, das Thema der Abstimmung. Sie schauen es an und schauen, was sie gut oder nicht gut finden. Dort sollte eher der Ansatz sein, damit man dies sauber rüberbringt. Der Bürger hat gewisse Pflichten. Abstimmen ist aus meiner Sicht auch eine Pflicht. Wenn man älter und erwachsen wird, dann kommt man auf das Niveau und liest diese Bücher durch, auch wenn sie trocken sind. Es ist gewissermassen auch eine Pflicht und dies muss man rüberbringen. Mein Lehrer in der Gewerbeschule hat gesagt: „Ihr Burschen geht alle abstimmen und wehe ich finde einen, der nicht geht. Es ist eure Pflicht. Was ihr abstimmt, ist egal, ihr könnt es auch leer einlegen, aber es wird abgestimmt“. Klar, das ist jetzt etwas übertrieben, aber in diese Richtung müsste es gehen. Es ist eine Pflicht der Schweizer Bürger, abzustimmen und Meinungen zu äussern. Auch wenn dies nun von Jungen gemacht wird, dann findet der eine oder andere es cool anzuschauen, aber ob er es dann wirklich macht, weiss ich nicht. Die Wahlbeteiligung wird dadurch nicht grösser.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Es wurde bereits schon viel gesagt. Das Easy-Vote ist zwar ein Ansatz, verpflichtet aber nicht mehr Jugendliche zu wählen. Es motiviert nicht, respektive die Leute werden nicht abgeholt. Ich habe relativ viel mit 16- bis 20-Jährigen zu tun. Ich merke, dass diese Leute alle eine politische Meinung haben, sie sind auch interessiert. Es gibt auch Diskussionen mit mir oder mit anderen. Aber sie gehen nicht abstimmen. Und warum nicht? Weil sie nicht abgeholt werden. Wenn wir etwas machen wollen, dann machen wir zwei oder drei Sachen. Wir als Einwohnerräte und als Parteien reissen uns zusammen und probieren viel mehr im konkreten Bereich zu arbeiten und auf Jugendliche zuzugehen. Und wir schauen, dass in einem Lehrplan oder im Elternhaus mehr Staatskunde zum Zug kommt. Es stimmt, was Florian Spiegel gesagt hat, es gibt viele Leute, die haben keine Ahnung von Staatskunde, weil sie es nie hatten.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Unsere Wahlbeteiligung ist tief. Ich hoffe, nicht so tief wie in Italien. Wenn man italienisches Staatsfernsehen schaut, dann scheint man so verzweifelt zu sein, dass die Leute nicht an die Urne gehen, sodass eine Frau fünf Minuten vor der Haupttagesschau gefilmt wird. Sie erklärt jeden Stimmzettel, zeigt, wie man die Kreuze macht, welche Farbe wohin gehört und wie man es ins Couvert einpackt und abschickt. Dann finde ich das hier ein gangbarer Weg. Immerhin sind wir noch nicht so weit, dass man vor der Tagesschau erklären muss, wie man abstimmt.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte Susan danken, dass sie diese Abklärungen getroffen hat und fast dem Gemeinderat seine Arbeit gemacht hat. Ich finde auch, dass man dies befürworten sollte. Wenn der Jugendrat sich dafür engagiert, der von uns aufgeboten wird, dann sollten wir das nicht abmurksen. Die GLP/BDP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: Es wäre toll, wenn die Jungen stimmen würden, das wäre sinnvoll. Mehr Zettel verteilen, bringt nichts. Das Easy-Vote tönt gut, finde ich. Sie haben gesagt, dass es viermal pro Jahr kommt. Aber wer macht das? Ist es für den Bund, den Kanton oder die Gemeinde? Wer macht denn das? Müssen wir das machen?

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Momentan ist es noch eidgenössisch. Es braucht eine gewisse Höhe an Auflage, damit man die kantonalen dazu nehmen kann. Wenn jetzt Allschwil als grösste Gemeinde im Baselbiet zustimmen würde, könnte man auf die Zahl kommen, damit sie auch die kantonalen Vorlagen machen kann. Etingen, Lupsingen, Rothenfluh und Läuelfingen machen mit. Kleine Gemeinden machen mit. Sie haben gute Rückmeldungen und geben es auch den Lehrern mit. Wir müssen etwas machen, es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Vielleicht findet der Gemeinderat auch noch bessere Sachen, das ist jetzt einfach ein Beispiel.

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion; Es ist toll, wenn das geht, es kostet nicht viel, dies ein paar Jahre zu machen. Es hat hintendran eine Internetadresse und dort geht es dann weiter. Ich denke, es hat eine Chance und es kostet uns nicht viel.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wir haben interessiert zugehört, auch den Ausführungen der Kinder- und Jugendkommission. Ich möchte darauf hinweisen, dass man auch Alternativen suchen muss. Einfach Papier verteilen, welches im gleichen Couvert ankommt wie alles andere, reicht nicht. Man muss Leute finden, damit man die Jugendlichen direkt abholen und für das politische Geschehen motivieren kann. Das macht man nicht einfach, indem wir noch eine Beilage bei den Abstimmungsbeilagen mehr haben. Es wird enorm schwierig werden in dieser Versuchsphase festzustellen, ob sich die Zahl verbessert hat und ob dies zurückzuführen ist auf das Easy-Vote. Das waren die Diskussionen, die wir geführt haben.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Es geht um die Überweisung des Postulats. Wir müssen es heute Abend nicht behandeln. Es ist etwas, was dazu kommt, um die Jungen zu motivieren. Alle Massnahmen sind super und toll. Es ist eine gute Massnahme, die sich mit den anderen gut ergänzt, Elternhaus, Lehrer etc. Bitte überweisen Sie das Postulat, dann haben wir die Möglichkeit dies zu diskutieren. Wir finden dann vielleicht auch Alternativen, aber es ist wichtig, dass wir es diskutieren. Das Thema ist wichtig.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Wir haben heute viel von der Zukunftsstrategie und Massnahmenplanung geredet. Wenn unsere Jugend nicht dazu gehört, sei es auch nur im Bereich Abstimmungen, aber mit den Abstimmungen legen wir das Fundament. Wir könnten es jetzt einfach prüfen und berichten lassen, mehr wird ja nicht verlangt.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir haben heute Abend mehrfach gehört, dass die Jugendlichen teilweise keine Staatskunde in der Schule haben. Wir als Einwohnerräte können nicht den Schulplan vorschreiben. Beim Abholen der Jugendlichen ist es ein Aspekt, dass sie eine Vorlage erhalten in ihrer Sprache. Das wird mit dieser Broschüre gemacht. Wie es Jürg Vogt, gesagt hat, es ist eine Überweisung zum Prüfen und Berichten.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen nun ab.

://:

Das Postulat wird mit 23 Ja-, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung überwiesen.

Bevor ich die Sitzung schliesse, möchte ich noch kurz etwas auflegen. Ich habe es eingangs vergessen aufzulegen. Das ist vom Musikverein, das Jahreskonzert am 24. November 2012 in der Turn- und Konzerthalle, ab 18.30 Uhr gibt es ein Nachtessen. Wer dort hingehen möchte, ist herzlich eingeladen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.